



**GREEN EUROPEAN  
FOUNDATION**

# Generation 2014:

Grüne Visionen für Europa



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG  
EUROPÄISCHE UNION**

Von der Green European Foundation in deutscher  
Sprache veröffentlicht

Dezember 2014

© Die AutorInnen, Green European Foundation,  
Heinrich-Böll-Stiftung und die Fraktion der  
Grünen/EFA im Europäischen Parlament

Alle Rechte vorbehalten

Projektkoordination: Marina Barbalata  
(Green European Foundation)  
Übersetzung in die deutsche Sprache: LUND Languages  
([www.lund-languages.com](http://www.lund-languages.com))

Produktion: Micheline Gutman

Titelbild: © Shutterstock

Die in dieser Veröffentlichung dargelegten Ansichten bringen lediglich die Meinung  
der AutorInnen zum Ausdruck. Sie stimmen nicht notwendigerweise mit den  
Auffassungen der Green European Foundation überein.



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Diese Veröffentlichung wurde mit der finanziellen Unterstützung des Europäischen  
Parlaments ermöglicht. Das Europäische Parlament ist nicht für den Inhalt dieses  
Projekts verantwortlich.

Büro Brüssel:

15 Rue d'Arlon – B-1050 Bruxelles – Belgien

Tel. : +32 2 234 65 70 | Fax : +32 2 234 65 79 – E-mail : [info@gef.eu](mailto:info@gef.eu) | Internet: [www.gef.eu](http://www.gef.eu)

Green European Foundation asbl: 3 Rue du Fossé – 1536 Luxembourg

# Generation 2014:

Grüne Visionen für Europa

 HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG  
EUROPÄISCHE  
UNION



  
GREEN EUROPEAN  
FOUNDATION

# INHALTSVERZEICHNIS

I. Vorwort	3
Pierre Jonckheer und Bastian Hermisson	
II. Grundlagen schaffen: die europäischen Grünen nach den Wahlen 2014. Neues Spiel, andere Spielregeln	5
Reinhard Bütikofer	
III. Grüne Visionen für Europa: 2014-2019	8
1. Dezentralisierung und Stärkung der europäischen Demokratie	8
Max Andersson	
2. Eine Stimme für Klimawandel, Migration und Menschenrechte	14
Bodil Ceballos	
3. Vom Allgäu nach Europa	19
Maria Heubuch	
4. Mehr Nachhaltigkeit für Europa in fünf Jahren und fünf Bereichen	25
Benedek Jávor	
5. Ein neues Europa: sozial gerecht und demokratisch	32
Terry Reintke	
6. Ökologisierung der europäischen Wirtschaftsagenda in schwierigen Zeiten	37
Molly Scott Cato	
7. Grüne Erfahrungen und Ambitionen des neuesten EU-Mitgliedstaates	42
Davor Škrlec	
8. Die Grünen in Südeuropa	47
Ernest Urtasun und Laia Ortiz	
9. Grüne Visionen von der lokalen bis zur europäischen Ebene	52
Monika Vana	

## I. VORWORT

Als die Green European Foundation und die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2009 erstmals die Ambitionen der damals neu gewählten Abgeordneten der Grünen im Europäischen Parlament (MdEP) in einem Jahrbuch zusammenstellten, war die Europäische Union eine andere als heute. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise hatten noch nicht ihre volle Wucht erlangt, Sparmaßnahmen waren kein Schlagwort der politischen Agenda, und der Klimagipfel in Kopenhagen gab noch Anlass zur Hoffnung, dass die Europäische Union ihre Zusagen erfüllen würde, um sich Weltmeister in Sachen Klimaschutz nennen zu dürfen. Zwar zogen erste Wolken am Horizont auf, aber das Stimmungsbarometer in europäischen Kreisen stand nach wie vor auf *Business as usual*.

Fünf Jahre später zeigt sich jedoch ein völlig anderes Bild. Inzwischen hatten die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die sozialen Auswirkungen der Sparpolitik, mit der auf die Krise reagiert wurde, existenzielle Fragen über die Zukunft der Europäischen Union aufgeworfen. Die Euroskepsis erreichte ein bisher unbekanntes Ausmaß; Parteien, die auf explizit antieuropäischen Plattformen Wahlkampf betrieben, gewannen in der gesamten Union neue AnhängerInnen. Mit der Reaktion von BürgerInnenbewegungen auf durch von „Brüssel“ verhängte Sparmaßnahmen trat die weit verbreitete Politikverdrossenheit angesichts eines politischen Establishments zutage, dem scheinbar mehr an der Bankenrettung als an der Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand zu liegen schien. Nun sind gerade einmal zwei Jahre vergangen, seit die Europäische Union plötzlich vor Herausforderungen stand, die von geradezu existenzentscheidendem Charakter waren.

Derzeit ist die Lage zwar nicht mehr ganz so bedrohlich, aber die Krise ist noch

längst nicht überwunden. Vor diesem Hintergrund werden nun die neu gewählten grünen Europaabgeordneten ihre Tätigkeit aufnehmen und in den kommenden Jahren gestalten.

Was die Wahlergebnisse betrifft, so ergab sich für die Grünen ein gemischtes Bild. Da waren zum einen die Zugewinne in den traditionellen Hochburgen Österreich und Schweden sowie der politische Durchbruch der Grünen in Ungarn und Kroatien, womit erstmals Vertreter aus Mittel- und Osteuropa zur Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament stießen. Zum anderen waren da aber auch die Verluste in Deutschland und Frankreich und die nach wie vor geringe Anzahl von grünen Abgeordneten aus Südeuropa. Insgesamt gesehen blieben die Grünen relativ stabil. Das Parlament als Ganzes erhielt in seiner Zusammensetzung allerdings eine extremere Ausrichtung: Sowohl rechte als auch linke euroskeptische Parteien sind dort nun stark vertreten.

In einer Zeit, in der antieuropäische Debatten alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen, besteht die Herausforderung für die neue Fraktion der Grünen nun darin, Kritik an denjenigen EU-Politikansätzen zu formulieren, die die Wege der Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Demokratie und Achtung der Grundrechte verlassen, und gleichzeitig ein insgesamt proeuropäisches Narrativ beizubehalten. Die Fraktion der Grünen mit ihren zahlreichen parlamentarischen Neulingen wird Engagement, Fantasie und Einsicht in die Notwendigkeit benötigen, auch Zivilgesellschaft und Basisbewegungen einzubinden, damit politische Ideen entwickelt werden können, die die schwierigen Aufgaben der Zukunft erfolgreich bewältigen: Formulierung ehrgeiziger Klimaziele, Sicherung der Energieversorgung, Bekämpfung der Energiearmut, Erhöhung des Wohlstands

in der EU, Gewährleistung einer menschenwürdigen Migrationspolitik und Reaktion auf neue geopolitische Gegebenheiten.

In der vorliegenden Artikelsammlung schildern die neuen Abgeordneten ausführlich ihre Ambitionen, Erwartungen und Analysen im Hinblick auf die vor ihnen liegenden Chancen und Herausforderungen ihrer jeweiligen Politikfelder. Dabei erörtern sie – auf Basis der gewonnenen Eindrücke aus dem Wahlkampf – sowohl ihre Vorstellungen von einer künftigen EU als auch die Frage, wie diese Zukunftsvisionen in ein grünes Arbeitsprojekt im Europäischen Parlament übersetzt werden können. Darüber hinaus beschreiben sie die größten Herausforderungen der kommenden Jahre auf Themenfeldern wie Ökologisierung der Wirtschaft, Umwandlung der Energiepolitik, Aufbau einer demokratischen EU, Schaffung einer menschenrechtsorientierten Migrationspolitik sowie Positionierung der EU als starker und fairer Global Player in Handel, Landwirtschaft und Außenpolitik, um nur einige zu nennen. Schließlich legen die AutorInnen ihre Ambitionen aus dem jeweiligen Blickwinkel ihrer angestrebten Politikansätze dar und umreißen ihre Erwartungen an ihr parlamentarisches Mandat.

Die größte Herausforderung für die Europäische Union besteht in der Wiederbelebung der Überzeugung, dass die EU die besten Chancen für Wohlstand und ein besseres Leben sowohl für junge als auch für alte Menschen auf diesem Kontinent bietet. Wenn wir über eine nachhaltige Zukunft der Europäischen Union diskutieren, dann müssen wir den europäischen Traum von einer Union, die die Grundrechte schützt, die soziale Rechte garantiert, die jedem eine faire Chance auf wirtschaftlichen Wohlstand bietet und die unsere Umwelt schützt, wieder lebendig werden lassen. Dies ist das Europa, dem sich die neu gewählten grünen Europaabgeordneten mit ihrer Arbeit in den kommenden Jahren widmen werden. Auf den folgenden Seiten erfahren Sie alles Weitere dazu. Diskutieren Sie über die vorgestellten Ideen und werden Sie selbst aktiv bei der Umsetzung!

**Pierre Jonckheer**

Ko-Präsident der  
Green European Foundation

**Bastian Hermisson**

Büroleiter,  
Heinrich-Böll-Stiftung,  
Europäische Union

Brüssel, im Oktober 2014

## II. GRUNDLAGEN SCHAFFEN

### Die europäischen Grünen nach den Wahlen 2014. Neues Spiel, andere Spielregeln

Reinhard Bütikofer

Nach den Europawahlen im Mai 2014 steht die EU einerseits immer noch da, wo sie auch vor dem Wahlkampf schon stand: an einem Scheideweg. Andererseits ist mit den Wahlergebnissen klar geworden, dass ein simples Weiter so! keine Option ist. Die EU hat begonnen, sich zu verändern, und die politische Auseinandersetzung darüber, welche Kräfte diesen Wandel dominieren werden, stellt die europäischen Grünen vor besondere Herausforderungen.

#### **Antieuropäische PopulistInnen überall auf dem Vormarsch**

AntieuropäerInnen, ChauvinistInnen und RechtsextremistInnen haben bei den Wahlen deutliche Zugewinne erzielt. In Frankreich oder Großbritannien etwa ging dieses Lager als stärkste politische Kraft aus den Wahlen hervor. Antieuropäische PopulistInnen sind insgesamt seither sichtbarer und schlagkräftiger. Allerdings gab es auch Rückschläge, etwa in den Niederlanden oder in Italien. Dort, wo die dominierenden traditionellen Parteien es vermieden hatten, ihre Gegner anzugreifen, wo sie sogar deren Inhalte übernommen hatten oder nachhaltig in ihrer Glaubwürdigkeit beschädigt waren, gelang es antieuropäischen und antidemokratischen PopulistInnen, eine politische Lücke zu füllen. Dabei haben sie sich erfolgreich die Wut der Bevölkerung angesichts von Demokratiedefiziten und technokratischen Auswüchsen sowie einer gescheiterten Sparpolitik (verkörpert durch die Troika) zunutze gemacht.

Die Europäische Grüne Partei und die nationalen grünen Parteien haben sich gegen antieuropäische PopulistInnen und RechtsextremistInnen gestellt und diese bekämpft. Aber nun muss der Erfolg der PopulistInnen uns ein Ansporn sein, die Lage noch gründlicher zu analysieren und mit besseren Antworten aufzuwarten; Antworten, die in unseren Gesellschaften auf breitere Resonanz stoßen als bisher.

Größter Verlierer bei den Europawahlen war die Europäische Volkspartei (EVP), die für die Verteidigung des europäischen Status quo geworben hatte. Sie verlor ungefähr 60 Sitze im Europäischen Parlament. Ihr Beharren auf der Sparpolitik, ihre Unfähigkeit, der europäischen Öffentlichkeit eine neue Zukunftsvision zu bieten, und ihre Weigerung, gerechte und nachhaltige Lösungen für ein ganzes Spektrum an Problemen zu finden, das vom Klimawandel zur Jugendarbeitslosigkeit, von der Not der Flüchtlinge zu Menschenrechtsverletzungen in einer wachsenden Anzahl von Mitgliedstaaten reicht, kam nicht gut an bei den europäischen WählerInnen. Dessen ungeachtet haben sie es geschafft, stärkste politische Fraktion zu bleiben; während der kommenden Legislaturperiode wird es daher kaum zu grundlegenden Änderungen in der politischen Ausrichtung der EU kommen. Einen ersten Eindruck davon konnte man bereits in den parlamentarischen Anhörungen gewinnen, als unqualifizierte KommissarInnen standhaft verteidigt wurden. PolitikerInnen der EVP sind sowohl im Rat als auch in der neuen Europäischen Kommission auf wichtigen Posten vertreten. Im neuen Europäischen Parlament werden die Grünen keine Koalition mit ihnen anstreben, sondern eine klare Alternative formulieren.

Die SozialistInnen hatten bis zum Wahltag gehofft, stärker zu werden und auf den ersten Platz vorzurücken. Aber in ihren Wahlergebnissen stagnierten sie genauso wie in ihrer Politik. Die Liberalen verzeichneten in den populistisch dominierten Mitgliedstaaten starke Verluste und verloren ihren dritten Rang im Europäischen Parlament. SozialistInnen und Liberale werden versuchen, mit der EVP eine permanente große Koalition im Parlament und im Rat zu bilden. Deshalb bleibt für uns Grüne nur ein recht einsamer Platz übrig. Man kann es aber auch anders sehen: So werden wir gezwungen, grüne Strategien und Lösungen für die Probleme Europas noch stärker zu betonen.

Die Parteien der GUE (Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken) haben in einigen Mitgliedsländern von der tiefen Krise und der Verbitterung der Menschen profitiert. Ihre Erfolge sind jedoch eher Ausdruck einer Protestwahl, stehen also nicht für ein klares und innovatives Angebot in Sachen Europa. Einige neu gewählte Abgeordnete aus den bürgerlichen und sozialen Bewegungen haben sich der GUE angeschlossen; die Grünen sollten sich bemühen, attraktiver für diese neuen Kräfte zu werden.

### **Gemischte Wahlergebnisse für die Grünen**

Das grüne Wahlergebnis war eine bunte Mischung: In absoluten Zahlen betrug unser Verlust acht Sitze im Europäischen Parlament, aber das Ergebnis war dennoch besser als in allen Meinungsumfragen. Insgesamt betrachtet konnten die Mitgliedsparteien der Europäischen Grünen Partei ihre WählerInnen besser als erwartet mobilisieren. Schaut man genauer hin, zeigt sich eine Mischung aus Niederlagen, Rückschlägen, Umschwüngen, Fortschritten und Erfolgen.

Rückschläge im Vergleich zu den Ergebnissen des Jahres 2009 erlitten zum Beispiel die Parteien EELV (Europe Écologie Les Verts – Frankreich), Ecolo (frankofone grüne Partei Belgiens) und Oikologoi Prasinoi (Griechenland). Umschwünge konnten etwa in Dänemark und den Niederlanden erzielt werden, wo Grüne es schafften, frühere schmerzhaftige Niederlagen zu überwinden und neue Kräfte zu gewinnen; in Deutschland gelang es Bündnis 90/Die Grünen, sich gegenüber dem schwachen Abschneiden in der vorausgegangenen Bundestagswahl zu verbessern. Fortschritte gab es bei den tschechischen und den irischen Grünen. Letztere verfehlten nur knapp einen Parlamentssitz – was selbst OptimistInnen so nicht erwartet hatten – und schafften es, auf den politischen Radar ihres Landes zurückzukehren. Andere Parteien wiederum blieben gleich: entweder gleich stark (Grüne in Luxemburg) oder gleich schwach (Grüne in Polen, den baltischen Staaten und auf dem Balkan). Richtig erfolgreich waren Grüne in Österreich, Kroatien, Ungarn, Schweden und im Vereinigten Königreich. Nun sollten wir sowohl aus den Erfolgen als auch aus den Niederlagen unsere Lehren ziehen. Auch sollte die Situation in denjenigen Ländern analysiert werden, in denen unsere Mitgliedsparteien nicht einmal den Hauch einer Chance hatten, gewählt zu werden.

Die Tatsache, dass nun auch Grüne aus den mittel- und osteuropäischen Ländern im Europäischen Parlament politisch vertreten sind, ist eine große Motivation für die gesamteuropäische Familie der Grünen. Nach wie vor enttäuschend dagegen ist die Situation im Süden Europas, auch wenn beispielsweise EQUO in Spanien ein stellenweise positives Ergebnis erzielte. Es zeigt sich sehr deutlich, dass die grüne Familie Europas eine spezifische Strategie entwickeln muss, um die grüne Präsenz und Repräsentation im Osten und Süden

Europas zu erhöhen. Zusammen mit unseren Mitgliedsparteien wollen wir auf dieses Ziel hinarbeiten, sollten dabei aber auch nicht aus den Augen verlieren, was sich in unserer politischen Nachbarschaft abspielt. Wenn wir dabei erfolgreich sind und zudem eine gute Strategie der Einbeziehung und Öffnung sowie der Bildung von Allianzen entwerfen, haben wir beste Chancen, 2019 die drittstärkste politische Kraft im nächsten Europäischen Parlament zu werden.

### **Auf proeuropäische Weise für einen radikalen Wandel eintreten**

Es lässt sich unschwer voraussagen, dass die Grünen auch in den kommenden fünf Jahren auf den Themenfeldern Green New Deal, Zukunft der europäischen Demokratie, digitale Rechte, Energie und Klima, Handel, Flüchtlinge und Minderheitenschutz weiterarbeiten werden. Nach meiner Erwartung könnten die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Industriepolitik eine größere Rolle spielen als bisher. Dabei könnte unser Wahlprogramm, das während des Wahlkampfs in alle Amtssprachen der Europäischen Union sowie

ins Katalanische übersetzt wurde, als solide Basis für eine gemeinsame politische Linie dienen. Einer der Gründe für unseren erfolgreichen Wahlkampf lag in der Tatsache, dass wir uns nicht in einer abstrakten Pro- oder Anti-EU-Diskussion verzettelt haben, sondern uns als Partei so positionieren konnten, dass wir unter den ProeuropäerInnen die Einzigen waren, die eindeutig auf einen tief greifenden Wandel bestehen, und unter den BefürworterInnen eines Wandels wiederum die Einzigen waren, die zuverlässig das europäische Projekt verteidigen. Daran sollten wir auch weiterhin festhalten.

Viel wird in den nächsten fünf Jahren für uns Grüne davon abhängen, ob wir uns mit genügend Nachdruck darum bemühen, den Menschen unsere Politik, unsere Argumente und unsere Vorschläge auf aktivere Weise als bisher nahezubringen. Ein simples Weiter so! nicht zu akzeptieren impliziert daher, dass wir uns einem Austausch mit den WählerInnen öffnen, der so intensiv wie möglich verlaufen soll. Wir müssen unsere Botschaft viel besser verbreiten, gleichzeitig aber müssen wir auch viel besser zuhören.



**Reinhard Bütikofer** ist Ko-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei und Mitglied des Europäischen Parlaments für Bündnis 90/ Die Grünen. Von 2002 bis 2008 war er Parteichef der deutschen Grünen. Im Europäischen Parlament ist er industriepolitischer Sprecher der Fraktion der Grünen.

### III. GRÜNE VISIONEN FÜR EUROPA: 2014-2019

## 1. Dezentralisierung und Stärkung der europäischen Demokratie

Max Andersson

Die Euro-Krise geht bald ins sechste Jahr, und sie ist noch lange nicht ausgestanden. Nach wie vor ist die Arbeitslosenrate hoch und die europäische Wirtschaft schwach, und im Falle einer neuerlichen Wirtschaftskrise könnten sich die Dinge noch deutlich schlimmer entwickeln. Die Unzufriedenheit mit der Europäischen Union wächst – und dies zu Recht. Mehrere Länder, deren Volkswirtschaft sich nicht gut in die Eurozone einfügt, leiden unter harten Einschnitten und extremer Arbeitslosigkeit. Während die EU von einem Krisenpaket zum nächsten stolperte, wurden Rechts- und PopulistInnen im Schatten dieser Probleme immer stärker.

Auslöser der Wirtschaftskrise war der Bankencrash 2008, aber die Tatsache, dass die Krise noch andauert, hat vor allem mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu tun. Wird ein Mitglied der Eurozone von einem wirtschaftlichen Abschwung getroffen, kann es weder seine Währung abwerten, noch seine Zinsen senken – eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist die Folge. Die Sparpolitik als Reaktion auf die Krise war jedoch keine Lösung, sondern hat alles nur noch verschlimmert. Ein grundlegendes Problem besteht darin, dass Länder mit einem leistungsfähigen Industriesektor ihre Wettbewerbsfähigkeit schneller verbessern können als Länder, deren Volkswirtschaft stärker auf Landwirtschaft und Dienstleistungen basiert; daraus entstehen wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone, die zulasten derjenigen Länder gehen, die mit dem Tempo von Ländern wie Deutschland nicht Schritt halten können. Dabei geht es

gar nicht darum, dass einige Regierungen verantwortungslos gehandelt haben – für einige mag das zutreffen, für andere nicht –, sondern entscheidend ist, dass der Euro es diesen Volkswirtschaften schwer macht, wieder auf die Beine zu kommen.

Der Euro-Krise zeigt deutlich, dass etwas falsch läuft in der EU. Das liegt aber letztlich nicht an einer schlecht funktionierenden Währungsunion, ... sondern an einem Demokratiedefizit. Die Idee, noch mehr Macht in einem System zu zentralisieren, dessen Fehler nur sehr schwer korrigiert werden können, ist nicht nachhaltig. Dabei ist der Euro nur ein Aspekt, bei dem die Zentralisierung der EU zu weit gegangen ist. Die Politik der Kürzungen und Rettungsaktionen ist gescheitert, aber die Menschen sind nicht in der Lage, daran etwas zu ändern. WählerInnen, die für einen Wechsel stimmen und denen man dann sagt, dass der Wechsel nicht kommen wird, weil die Entscheidungen woandershin verlagert wurden, werden sich damit nicht zufriedengeben.

### **Es ist höchste Zeit, über die Zukunft der EU nachzudenken**

In den letzten Jahren wurden immer mehr Machtbefugnisse aus den Mitgliedstaaten in die EU verlagert. Nach Angaben der schwedischen Parlamentszeitschrift „Reichstag och Departement“ hatten im Jahr 2012 43 Prozent der Vorschläge der schwedischen Regierung ihren Ursprung in Brüssel. Wenn sich die Macht fortwährend in Richtung EU verschiebt, wird es immer schwieriger für die Menschen, Entscheidungen zu beeinflussen. Solange die EU sich auf Fragen konzentrierte, die die meisten Menschen als rein technisch oder uninteressant empfanden, wie z. B. Agrarpolitik oder Produktstandardisierung, wurden Demo-

kratiedefizite bereitwillig akzeptiert. Doch mit den zuletzt geschlossenen Verträgen hat die EU zu viel Macht in Bereichen erlangt, die den BürgerInnen näher am Herzen liegen, was zur Folge hat, dass die Unzufriedenheit darüber wächst.

Am deutlichsten lässt sich dies in Großbritannien beobachten, wo die Regierung eine Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft versprechen und Neuverhandlungen über Großbritanniens Verhältnis zur Europäischen Union fordern musste. Auch wenn das Referendum nicht wie ursprünglich geplant 2017 stattfinden sollte, wird das britische Volk höchstwahrscheinlich in den kommenden Jahren vor die Wahl gestellt, eine reformierte EU zu verlassen oder darin zu verbleiben. Der Ausgang dieser Wahl ist ungewiss. Sollten die BritInnen austreten, ändern sich die Machtverhältnisse innerhalb der EU radikal, und zwar insgesamt zum Schlechteren. Die EU würde geschlossener und protektionistischer werden, und die Aussichten für diejenigen Länder, die nicht der Eurozone beitreten möchten, würden sich verdüstern. Wenn wir wollen, dass Großbritannien in der EU bleibt, müssen wir alles daran setzen, dem Land Vertragsänderungen anzubieten, die diesen Namen verdienen. Das Ziel sollte sein, die EU für alle zu verbessern und nicht nur bestimmten Mitgliedstaaten spezielle Ausnahmen zu gewähren.

Zusammen mit der Situation in Großbritannien könnte die Euro-Krise, die früher oder später Vertragsänderungen erfordert wird, dafür sorgen, dass sich in nicht allzu ferner Zukunft eine historische Gelegenheit zur Demokratisierung und Dezentralisierung der EU ergibt. Einige Regierungen bereiten sich bereits auf Neuverhandlungen vor. Wir Grüne müssen dafür sorgen, dass wichtige Erfolge abgesichert werden, wie etwa der Grundsatz, dass die EU ihre Mitgliedstaaten zur Verschärfung von Umweltgesetzen

zwingen kann; gleichzeitig sollten wir die Gelegenheit nutzen und noch andere Verbesserungen vorantreiben.

Was dabei realistischerweise erreicht werden kann, ist begrenzt. Zum Beispiel erfordert der nächste europäische Vertrag die Zustimmung aller 28 Regierungen, und nirgendwo ist erkennbar, dass diese sich jemals darüber einigen werden, einen Großteil ihrer Macht abzugeben – erst recht nicht, wenn man bedenkt, dass ein solcher Beschluss einstimmig gefasst werden müsste. Ebenso unwahrscheinlich ist das Szenario, dass offen gegen Verträge verstoßen wird und dass Länder, die einer vorgeschlagenen Änderung nicht zustimmen, hinausgeworfen werden. Es träumt sich sehr leicht von Plänen für Verfassungsänderungen, aber die Wirklichkeit sieht so aus, dass all diese Pläne von 28 nationalen Regierungen als Teil eines Gesamtpakets akzeptiert werden müssen.

Deshalb müssen wir in kleinen Dimensionen denken und kreativ sein. Eine wichtige Aufgabe für die kommenden Jahre im Europäischen Parlament wird darin bestehen, Grundlagen für realistische Veränderungen zu schaffen, die die demokratischen Funktionsstrukturen der EU verbessern können.

### **Mehr Gesetze mit Auslaufklauseln ausstatten**

Es muss einfacher werden, Fehlentscheidungen zu ändern. Wenn die BürgerInnen eine andere Politik wollen, dann muss ein demokratisches System in der Lage sein, einen Wandel herbeizuführen. Aber die EU verlangt für den Erlass von Rechtsvorschriften eine qualifizierte Mehrheit (und manchmal Einstimmigkeit) im Rat. Der Vorteil dabei ist, dass Entscheidungen erst nach gründlicher Diskussion getroffen und dass Länderinteressen nicht ohne guten Grund umgangen werden können. Gleichzeitig jedoch ist es mit die-

sem Verfahren schwer, einmal getroffene Entscheidungen wieder zu ändern. In den meisten Demokratien kann ein Gesetz durch eine neue Regierung geändert werden, aber in der EU müssen nicht nur die Kommission, sondern auch das Europäische Parlament und eine qualifizierte Mehrheit des MinisterInnenrats von der Notwendigkeit einer Änderung überzeugt werden. Das bedeutet, dass Entscheidungen, die sich als unklug oder sogar falsch erweisen, für eine sehr lange Zeit in Kraft bleiben können.

Aber es gibt einen Ausweg aus diesem Dilemma. Neue Gesetze könnten so verfasst werden, dass sie Auslaufklauseln enthalten, also nach einer bestimmten Anzahl von Jahren bestätigt oder aber neu verhandelt werden müssen. In den USA werden solche Auslaufklauseln für umstrittene Gesetze verwendet, und in der Tat hat auch der mehrjährige Finanzrahmen des EU-Haushalts einen solchen Auslaufcharakter. Und es funktioniert. Mit Auslaufklauseln könnten PolitikerInnen künftig Dinge einfach ändern, anstatt an die Fehler der Vergangenheit gebunden zu sein. Die EU sollte dieses Verfahren in allen Bereichen einführen. Auf einigen Gebieten ist es sinnvoll, die Politik alle fünf Jahre zu überprüfen; auf anderen Gebieten dagegen wären längere Zeiträume besser geeignet.

### **Gegen Lobbying vorgehen**

Ein demokratisches Reformprogramm muss etwas in Sachen Lobbying unternehmen. Die Entscheidungsstrukturen in der EU sind so komplex, dass jemand, der das Gesetzgebungsverfahren wirksam beeinflussen will, dafür LobbyistInnen beauftragen muss, was die Politik zugunsten wirtschaftlicher Interessen verzerrt. Eine Ursache des Problems liegt darin, dass die EU zu viel mit zu wenig Verwaltungspersonal zu erreichen versucht; dies bedeutet, dass sowohl die Kommis-

sion als auch die Gesetzgeber im Hinblick auf Ideen und Informationen abhängig von LobbyistInnen sind. Wenn wir den Einfluss von LobbyistInnen eindämmen wollen, werden wir am Ende strengere Regeln und echte Transparenz haben; gleichzeitig müssen wir auch weniger tun, wenn wir dafür die institutionellen Kapazitäten der EU entsprechend stärken (d. h. mehr VerwaltungsmitarbeiterInnen einstellen, damit diese ihre Arbeit ordnungsgemäß erledigen können). Auf lange Sicht werden sich diese Ausgaben auszahlen.

### **Das Gelbe-Karten-System weiterentwickeln**

Ein wichtiges Thema bei den Verhandlungen wird sein, wie man der Tendenz der EU, ihre Befugnisse zu überschreiten, entgegenwirken kann. Das derzeitige System, bei dem die nationalen Parlamente der EU eine „gelbe Karte“ zeigen können, wenn nach ihrer Auffassung das Subsidiaritätsprinzip bei Vorschlägen für neue EU-Rechtsvorschriften nicht eingehalten wird, funktioniert in der Praxis nicht. Die Theorie sieht so aus: Wenn die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag vorlegt, haben die nationalen Parlamente acht Wochen Zeit zu antworten; erklärt dann ein Drittel von ihnen, dass ein Vorschlag im Widerspruch zum Grundsatz der Subsidiarität steht, muss die Kommission den Vorschlag entweder zurückziehen oder weitere Gründe dafür vorlegen. Einige Parlamente haben zwar versucht, dieses System anzuwenden, aber die meisten Parlamente haben es gar nicht ernst genommen. Dabei gibt es das Gelbe-Karten-System bereits seit 2009 – bisher wurde jedoch erst zweimal davon Gebrauch gemacht.

Nun sind etliche Möglichkeiten denkbar, wie man das Gelbe-Karten-System stärken könnte. Die Anzahl der Parlamente, die Einspruch erheben müssen, sollte

gesenkt werden, beispielsweise auf drei; wenn nun diese drei Parlamente der Kommission die gelbe Karte zeigen, würden die anderen Parlamente unterrichtet und erhielten noch ein paar zusätzliche Wochen Zeit, um den Vorschlag gründlich zu überprüfen. Denkbar wäre auch, den Parlamenten die Möglichkeit zu geben, eine Überprüfung der bestehenden Gesetzgebung zu initiieren oder den Inhalt der Vorschläge intensiver zu kommentieren.

### **Den nationalen Parlamenten eine angemessene Rolle übertragen**

Damit eine Demokratie gut funktionieren kann, muss sie öffentlich sichtbar sein. Die Menschen müssen bestens informiert werden, sodass sie in der Lage sind, PolitikerInnen zur Rechenschaft zu ziehen. Aber die Medien sind nicht in der Lage, entsprechend über die EU-Politik zu berichten – was aber eigentlich nicht die Schuld der Medien ist. Denn über den politischen Prozess in Brüssel mit seiner Kultur der Kompromisse und Verhandlungen in einer Weise zu berichten, dass LeserInnen dafür auch bezahlen, ist keine einfache Angelegenheit. Dies hat zur Folge, dass es zu wenige Brüssel-KorrespondentInnen gibt, dass die EU-Berichterstattung von Trivialitäten dominiert wird und dass es bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht in erster Linie um Politik geht, sondern die WählerInnen die Gelegenheit nutzen, um ihrer Unzufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung Ausdruck zu verleihen. Es verwundert daher kaum, dass die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen so gering ist.

Der beste Weg, die Diskussion zurück in die Mitgliedstaaten zu verlagern, besteht darin, den nationalen Parlamenten einen direkten Einfluss auf die EU-Gesetzgebung zu geben. Wird im nationalen Parlament über eine Angelegenheit diskutiert und gestritten, haben die Medien es viel leichter,

darüber zu berichten. Dies liegt nicht nur daran, dass die Öffentlichkeit besser mit den politischen AkteurInnen vertraut ist, sondern auch an der besseren Zugänglichkeit der nationalen Parlamentsdebatten. In Schweden gab es einige Fälle von lebhaften Debatten im Vorfeld der Umsetzung einer Richtlinie durch den Riksdag (das schwedische Parlament); im Fall der Vorratsdatenspeicherung etwa wurde die Umsetzung für mehrere Jahre gestoppt. Dagegen fällt die Medienaufmerksamkeit in der Regel sehr viel geringer aus, wenn eine Richtlinie einmal beschlossen ist, aber die Frist, in der etwas dagegen unternommen werden kann, noch läuft.

Dies könnte man einfach dadurch lösen, dass man die nationalen Parlamente berechtigt, im Entstehungsprozess neuer Richtlinien und Verordnungen über diese abzustimmen, und dass für neue Gesetze die aktive Unterstützung der nationalen Parlamente verlangt wird. Da wir das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Mitgliedstaaten nicht unnötig stören wollen, sollten die Stimmen der Parlamente in der gleichen Weise gewichtet werden wie die Stimmen ihrer Regierungen im Rat. In den meisten Fällen stimmen die Parlamente genauso ab wie ihre Regierungen, sodass die direkten Auswirkungen auf EU-Ebene gering wären. Aber die Regierungen, insbesondere Minderheitsregierungen, hätten einen starken Anreiz, in ihren Parlamenten über EU-Angelegenheiten zu sprechen und sich vor der Abstimmung anzuhören, was ihre Parlamentsmitglieder dazu zu sagen haben. Und wenn Konfliktlinien zu EU-Fragen auf nationaler Ebene sichtbar werden, sind die Medien viel besser in der Lage, die WählerInnen darüber zu informieren.

Dies mag nur eine sehr kleine Änderung sein, aber auf lange Sicht könnte sie sich als enorme Verbesserung erweisen.

## **Rückgabe von Macht an die Mitgliedstaaten: Nicht alle Lösungen kommen aus Brüssel**

Die vorgenannten EU-Reformen würden für mehr Transparenz und verbesserte demokratische Strukturen sorgen, und es gäbe noch viel mehr, was getan werden könnte. Allerdings ist das Grundproblem immer noch, dass die EU eine sehr große Organisation ist, die über zu viele Fragen entscheiden darf. Die Zentren der Macht sollten sich so nah wie möglich bei den Menschen befinden, was in einer supranationalen Union von 500 Millionen BürgerInnen nicht funktionieren kann. Das macht Vertragsänderungen natürlich nicht unbedingt einfacher, aber einen Versuch ist es wert.

Eine der Hauptforderungen der Grünen sollte dabei sein, Mitgliedstaaten zu berechtigen, strengere Umweltauflagen für Produkte zu erlassen. Im Gegensatz zu den EU-Mitgliedsländern haben beispielsweise die US-Bundesstaaten dieses Recht, und umweltfreundlich orientierte Staaten wie Kalifornien machen davon Gebrauch, um entsprechende Entwicklungen voranzutreiben. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum dies innerhalb der EU verboten ist.

Außerdem müssen wir uns für die Aufhebung der Bestimmungen des Vertrags von Lissabon einsetzen, wonach die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, ihre militärischen Mittel zu verstärken. Die EU ist das einzige staatsähnliche Gebilde der Welt, dessen Grundsatzdokument ein Abrüstungsverbot enthält. Ein weiteres Problem, das nur sehr schwer zu lösen ist, ist die Frage, wie man mit Mitgliedstaaten verfahren soll, in denen es zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen kommt und Regierungen die Demokratie untergraben. Um mit Ländern wie Ungarn zurechtzukommen, benötigt

die EU eine bessere Handhabe, aber es wird schwierig sein, dies über eine Vertragsänderung zu erreichen.

Das wichtigste Thema für die nächste Neuverhandlung der EU-Verträge ist jedoch die Währungsunion. Zwar kann man einiges tun, um bestimmte Fehler der Eurozone nachträglich zu korrigieren, aber auf lange Sicht wird man damit vermutlich keinen Erfolg erzielen. Dänemark und Großbritannien haben bereits eine dauerhafte Beitrittsbefreiung erreicht, und dieses Recht sollte auch anderen Mitgliedstaaten gewährt werden. Auch sollten wir Ländern, die dies benötigen, den Austritt aus der Währungsunion ermöglichen. Sechs Jahre der Einschnitte, Krisenpakete und Massenarbeitslosigkeit haben gezeigt, dass die Währungsunion nicht funktioniert. Die Eurozone ist zu groß, und die Mitgliedsländer sind zu unterschiedlich. Länder, für die dies erforderlich scheint, sollten dabei unterstützt werden, zu ihrer eigenen Währung zurückzukehren. Das wird zwar einiges kosten, aber die Beibehaltung des Status quo wird noch sehr viel teurer sein.

Die EU steht an einem Scheideweg. Sie ist zu stark zentralisiert worden, und die Unzufriedenheit der Bevölkerung darüber wächst. Ich hoffe, dass es Grünen, SozialistInnen, Liberalen und Konservativen, die die Probleme erkennen können, gelingt, diese Unzufriedenheit im Interesse der Transparenz, Demokratisierung und Dezentralisierung auf konstruktive Weise zu kanalisieren. Die EU muss flexibler werden; Flexibilität darf keine Einbahnstraße mehr sein, sondern muss in beiden Richtungen möglich sein. Die EU ist so groß geworden, dass eine für alle gleiche Universalpolitik nicht mehr funktionieren kann. Es ist höchste Zeit, dass die Union diese Unterschiede zu akzeptieren lernt und erkennt, dass nicht alle Lösungen in Brüssel zu finden sind.



**Max Andersson** ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die schwedische Umweltpartei Miljöpartiet De Gröna. Er ist Biologe von Beruf und will sich während seiner Amtszeit im Parlament auf die Themenfelder EU-Demokratie, Klimawandel und Privatsphäre/Technologiepolitik konzentrieren.

## 2. Eine Stimme für Klimawandel, Migration und Menschenrechte

Bodil Ceballos

Die schwedische Grüne Partei hat bei den Wahlen 2014 fantastisch abgeschnitten. So fantastisch, dass wir jetzt die zweitgrößte Partei nach der Sozialdemokratischen Partei sind. Schon sehr früh war klar, dass der Wind günstig stand für uns. Die WählerInnen in Schweden sind davon überzeugt, dass die EU die Klimafrage in den Griff bekommt. Sie wollen, dass die EU Modelle entwickelt, um zu verhindern, dass so viele Menschen im Mittelmeer ertrinken. Sie wollen, dass die EU von allen EU-Mitgliedstaaten verlangt, dass diese die Menschenrechte einhalten und die Diskriminierung ihrer eigenen BürgerInnen beendet; BürgerInnen, die aufgrund dieser Behandlung gezwungen sind, ihr Land zu verlassen und schließlich als BettlerInnen auf der Straße z. B. in Schweden leben.

Die Klimafrage hat in Schweden einen hohen Stellenwert. Das Klima ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Menschheit, und es ist eine große Ungerechtigkeit, dass diejenigen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beitragen, am schlimmsten davon betroffen sind. Deswegen fordern die Menschen, dass sowohl Schweden als auch die EU sich für den Klimaschutz einsetzen. Wenn wir uns nicht für die Klimafrage, für die Armen und die Zukunft unserer Kinder engagieren, wer dann?

Die Unterstützung für eine menschliche Einwanderungspolitik ist nach wie vor groß, trotz der Tatsache, dass erstmals eine fremdenfeindliche schwedische Partei ins Europäische Parlament gewählt wurde. Wir sind sehr erschüttert angesichts der vielen ertrunkenen Menschen

im Mittelmeer – eine tragische Situation, die nicht im schwedischen Riksdag (Parlament) gelöst werden kann. BettlerInnen auf den Straßen sind ein neues Phänomen in Schweden, aber Armut und Diskriminierung (z. B. in Rumänien) müssen auf europäischer Ebene angegangen werden. Freizügigkeit ist etwas Positives, und sie gilt für alle, auch für arme Menschen. Das Betteln zu verbieten, was einige in der schwedischen Debatte vorschlugen, findet keine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit.

Im Wahlkampf vor den Wahlen zum Europäischen Parlament hat die schwedische Grüne Partei dazu Stellung bezogen, wie die EU mit den Themen Umwelt, Einwanderung und Menschenrechte verfahren sollte – im Gegensatz zu anderen Parteien, die im Wesentlichen nur über schwedische Politik diskutierten. Im Mittelpunkt meiner eigenen Kampagne standen folgende Aspekte: ein offenes Europa, eine Stimme für Klimagerechtigkeit, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Außerdem habe ich viel über die Rechte von Minderheiten gesprochen.

Während meiner achtjährigen Tätigkeit in der Außenpolitik habe ich etliche Reisen unternommen und dabei viel Elend gesehen. Ich habe in relativ wohlhabenden Ländern Menschen besucht, die in Slums leben; ich habe verarmte Menschen getroffen, die infolge des Klimawandels ihre Felder nicht mehr bewirtschaften konnten, Menschen, die wegen einer Krankheit stigmatisiert oder aufgrund ihrer politischen Überzeugung verfolgt wurden und vieles mehr. Ich habe Flüchtlingslager in der Sahara besucht, und ich habe gesehen, unter welch schrecklichen Bedingungen AsylbewerberInnen in Griechenland leben. Ich war vor Ort, als Flüchtlinge aus Afrika in alten, heruntergekommenen Booten auf den Kanarischen Inseln ankamen. Gleichzeitig habe ich gesehen, wie die

Fremdenfeindlichkeit in Schweden und anderen EU-Ländern zunimmt, obwohl der Schutz vor Krieg, Armut und Unterdrückung noch nie so notwendig war wie heute. Die europäischen Grundwerte hinsichtlich der Menschenrechte und die Achtung internationaler Vereinbarungen werden mit Füßen getreten, wenn die Armut im eigenen Land für viele EU-BürgerInnen eine Lebensrealität ist.

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in einigen EU-Mitgliedstaaten bei über 50 Prozent. Gleichzeitig bleibt der Arbeitsmarkt auch für viele ältere Arbeitslose versperrt. Die Jugend Europas braucht Vertrauen in die Zukunft. Und die älteren Menschen müssen in der Lage sein, ihr Berufsleben auf würdevolle Art zu beenden. Es obliegt uns, den etablierten Parteien, ein integratives politisches Programm aufzustellen, mit dem wir das Vertrauen der jungen Menschen gewinnen können, denn die Jugend ist unsere Zukunft. Die schwedischen Grünen stehen vereint für soziale Gerechtigkeit und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Gemeinsam arbeiten wir am grünen Umbau der Gesellschaft und wollen raus aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Denn damit legen wir den Grundstein für eine sauberen Planeten, eine bessere Wirtschaft und eine Zukunft für alle – Junge wie Alte. Jedoch werden wir das alleine kaum schaffen. Wir müssen also auch die anderen Parteien von unseren Zielen überzeugen, was keine leichte Aufgabe sein wird. Aber ich denke, dass nichts unmöglich ist.

### **Achtung europäischer Werte**

Ich bin davon überzeugt, dass wir einen Beitrag zu einer gerechteren EU und zu einer gerechteren Welt leisten können, aber die EU muss sich endlich an den Dingen orientieren, die für die Menschen auf lange Sicht von Vorteil sind – anstatt nur zu schauen, was kurzfristig der europäischen Wirtschaft nützt. Die EU muss eine

Welt anstreben, in der arme Menschen in armen Ländern in die Lage kommen, ihren Wohlstand auch ohne den Einsatz fossiler Brennstoffe zu erhöhen. Die EU muss auf die Schaffung legaler, sicherer Zugangswege zu ihren Mitgliedstaaten hinarbeiten, damit Menschen mit der Fähre nach Europa fahren können, anstatt auf der Flucht aus ihren Heimatländern ihr Leben im Mittelmeer zu riskieren. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, ein humanitäres Visum einzuführen. Eine andere Möglichkeit wäre die Erhöhung der Flüchtlingsquote. Außerdem könnte man dafür sorgen, dass alle EU-Länder Asylsuchende aufnehmen. Der Versuch, Menschen auszusperrern, die aus Angst um ihr Leben fliehen, ist unter unserer Würde, und wir dürfen nicht zulassen, dass die Angst vor dem Unbekannten unsere guten Absichten untergräbt und unser Mitgefühl für andere zunichtemacht. Wir müssen zeigen, dass Europa komplexer und vielschichtiger ist und dass wir für die Grundwerte der EU eintreten.

Dies sind die Fragen, denen ich mich auch in den nächsten fünf Jahren widmen werde. Meine wichtigsten Ausschüsse werden der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) und der Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) sein. Darüber hinaus werde ich im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und im Petitionsausschuss sitzen.

### **Bekämpfung des Klimawandels im Fokus**

Der Klimawandel als eines der größten Sicherheitsrisiken der Menschheit wird natürlich Thema in allen parlamentarischen Ausschüssen sein. Klimagerechtigkeit und Energiefragen wirken sich auf unsere Beziehungen zu anderen Ländern aus und sind eine treibende Kraft hinter Migration und Asylsuche.

Die allermeisten MigrantInnen kommen nicht deswegen nach Europa, weil sie es sich so ausgesucht haben. Sondern sie kommen, weil ihnen keine andere Wahl bleibt. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Armut, Unterdrückung, Folgen des Klimawandels oder Krieg. Unser Handeln gegenüber dem Globalen Süden kann mit zu einem Zustrom von Flüchtlingen beitragen oder kann denjenigen, die in ihrem eigenen Land bleiben wollen, helfen. Entwicklungsarbeit kann die Armut verringern, die Auswirkungen des Klimawandels eindämmen und beim Aufbau demokratischer Gesellschaften helfen. Mithilfe proaktiver Konfliktprävention und/oder verschiedener Friedensbemühungen können wir einen heißen Konflikt möglicherweise „abkühlen“, bevor ein Krieg oder BürgerInnenkrieg ausbricht. Die Schlüsselbegriffe für mich als Grüne sind die Konfliktvermeidung und die Unterstützung der beteiligten Parteien im Hinblick auf eine friedliche Konfliktlösung. Dies ist sowohl aus humanitärer als auch aus wirtschaftlicher Perspektive von Vorteil. Vielleicht ist es an der Zeit, die Idee eines EU-Friedenskorps wieder hervorzuholen.

Leider hat diese Art von Präventionsarbeit nicht oberste Priorität in der EU. Nur selten erfüllen die Mitgliedstaaten das vereinbarte Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe auszugeben. Ein Großteil der Hilfgelder ist gebunden und fließt direkt wieder zurück ins Geberland; außerdem fehlt es an Koordination zwischen den Geberländern. Konfliktprävention hat keinen Vorrang. Stattdessen exportieren wir immer mehr Waffen an Diktatoren und zweifelhaft demokratische Staaten. In meiner Arbeit möchte ich mich für die Begrenzung von Waffenexporten aus der EU in einsetzen Länder, die derzeit – direkt oder indirekt – an laufenden Konflikten beteiligt sind. Das Versagen der gegenwärtigen Politik trat nie deutlicher zutage als angesichts der Auswirkungen des Arabischen Frühlings

sowie der Tatsache, dass die EU auf jeden neuen Ausbruch eines Konflikts verblüfft und wie gelähmt reagiert. Es scheint, als könnten wir nur mit einem einzigen Konflikt zu einem bestimmten Zeitpunkt umgehen. Im Moment richtet sich unsere Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Ukraine, obwohl wir wissen, dass zur gleichen Zeit Menschen im Irak durch den IS ermordet werden.

### **Konflikte in der europäischen Nachbarschaft erfordern schnellere Reaktionen der EU**

Seit Jahren beobachteten wir, wie sich der Krieg in Syrien auf die Nachbarländer ausdehnt. Die KurdInnen in Rojava (Westkurdistan) haben es geschafft, einen relativ stabilen Frieden in ihrer Region aufrechtzuerhalten und Vertriebenen aus ganz Syrien einen Zufluchtsort zu bieten. Die Kurden im Irak tun jetzt das Gleiche, und plötzlich wird der Welt klar, dass sie die Einzigen sind, die die IS effektiv auf dem Boden bekämpfen können. Nun erhalten sie Unterstützung. Früher wurden sie dagegen als Terroristen betrachtet. Die KurdInnen in Rojava haben ihre Unabhängigkeit erklärt; im Irak werden sie ein Referendum über die Unabhängigkeit abhalten. Und da ist dann auch schon Schluss mit der Unterstützung. Territoriale Integrität ist eine heilige Kuh, die niemand zu hinterfragen wagt. Erzwungene Ehen ebnet jedoch in der Regel nicht den Weg in eine glückliche Ehe. Deshalb glaube ich, dass wir offen sein müssen für Veränderungen in der nahen Zukunft.

Ich bin davon überzeugt, dass in der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments die Konflikte in der Ukraine/Russland, im Nahen Osten und in Nordafrika sowie unser Verhältnis zu diesen Schauplätzen der Auseinandersetzung einen hohen Stellenwert in der Arbeit des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Unterausschusses für

Sicherheit und Verteidigung haben werden. Keiner der Konflikte wird schnell zu lösen sein, und das Geschehen wird sich in jedem Fall auf unsere Arbeit auswirken, auch wenn die rein militärischen Operationen vor Ort schon in der näheren Zukunft beendet sein sollten. Im Fall der Ukraine hat dies sehr viel mit den Beziehungen, die die einzelnen Länder zu Russland haben, tun – etwa im Hinblick auf den Handel, die Abhängigkeit von Erdgas- und Erdölimporten, auf Waffenexporte und so weiter. Auch für den Nahen Osten sind Öl und Gas ein Schlüsselfaktor. Russland vor den Kopf zu stoßen kann schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für einzelne Länder haben. Das Völkerrecht gilt jedoch für alle in gleicher Weise, und das sollte sich auch in unseren Beziehungen zu anderen Ländern widerspiegeln. Leider handelt die EU nicht immer im Einklang mit diesem Grundsatz, zum Beispiel in ihren Beziehungen zu Israel und Marokko, die beide seit mehreren Jahrzehnten als Besatzungsmächte agieren. Beide Länder pflegen eine enge Partnerschaft mit der EU und verkaufen Waren aus den besetzten Gebieten, um nur ein Beispiel zu nennen.

### **Eine verantwortungsbewusste, auf den Menschenrechten basierende Asylregelung**

Aufgrund von benachbarten Konflikten suchen mehr und mehr Menschen Zuflucht im Ausland, und hier kommt der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ins Spiel. Mit einem Parlament, das eine wachsende Anzahl von RechtsextremistInnen und fremdenfeindlichen Abgeordneten aufweist, wird es ein schwieriges Unterfangen sein, eine humanere Asylgesetzgebung auf den Weg zu bringen. Aber unabhängig davon, ob es uns gelingt, solche Regelungen umzusetzen, müssen wir bereits jetzt solidarisch sein und alle willkommen heißen, die es geschafft haben, in ein EU-Land zu fliehen, sowie unsere Unterstützung für den

Libanon, Jordanien und andere Länder zeigen, die die allermeisten Flüchtlinge aufnehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass nur wenige Länder Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass nur wenige Länder Kontingentflüchtlinge aufnehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Flüchtlinge in Länder abgeschoben werden, die sich im Krieg befinden, z. B. in den Irak. Es ist nicht hinnehmbar, dass Asylsuchende wie Tiere in Käfigen gehalten werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen monatelang inhaftiert werden. Es ist nicht in Ordnung, Gummigeschosse auf Menschen abzuschießen, die versuchen, das Ufer des EU-Gebiets schwimmend zu erreichen. Es ist nicht in Ordnung, Frontex oder die nationale Polizei einzusetzen, um Menschen auf der Flucht zu stoppen, bevor sie europäische Gewässer erreichen.

Während der kommenden Legislaturperiode werde ich alles in meiner Macht Stehende tun, um zu einem offenen und humanen Europa beizutragen, in dem alle Länder gemeinsam für hilfesuchende Menschen verantwortlich sind – egal, ob diese auf der Flucht vor Krieg, Konflikten, Unterdrückung, Armut oder den Folgen des Klimawandels sind. Ich möchte daran mitwirken, legale Möglichkeiten der Einreise in die EU zu schaffen, um so weitere tragische Vorfälle von ertrunkenen Flüchtlingen im Mittelmeer zu verhindern. Ich möchte, dass Menschen die Möglichkeit haben, Einwohner im Land ihrer Wahl zu werden – also nicht unbedingt nur im ersten Asylstaat –, und ich will bessere Lebensbedingungen für die Menschen schaffen, sodass sie erst gar nicht aus ihrer Heimat fliehen müssen. Ich möchte, dass jeder sich frei bewegen kann, aber nicht zur Flucht gezwungen wird.

Ein weiteres Thema, das Priorität in meiner Arbeit haben wird, ist die unzureichende Achtung der Menschenrechte in der EU. Dies gilt nicht zuletzt im Hinblick

auf Minderheiten. Ein Land, das Mitglied der EU werden will, muss die Europäische Menschenrechtskonvention bestätigen. Außerdem haben wir jetzt die EU-Charta der Grundrechte. Es gibt jedoch kein Instrument, mit dem sichergestellt wäre, dass EU-Länder, die diese Regeln verletzen, sich auch tatsächlich um deren Einhaltung bemühen. Dies muss selbstverständlich geändert werden.

Es gibt also viel zu tun. Deshalb finde ich es großartig, dass so viele Grüne in den verschiedenen Ausschüssen sitzen und dass wir auf eine stattliche Anzahl von Grünen im Parlament sowie in den Regionen und Gemeinden in ganz Europa blicken können. Gemeinsam können wir unser Ziel erreichen, eine grünere, humanere, solidarischere und verantwortungsbewusstere EU zu schaffen.



**Bodil Ceballos** ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die schwedische Umweltpartei Miljöpartiet De Gröna. Zuvor war die Rechtsanwältin Abgeordnete im schwedischen Parlament. Bodils Schwerpunkt liegt auf den Themenfeldern Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit.

### 3. Aus dem Allgäu nach Europa

Maria Heubuch

Meine Heimat ist ein Milchviehhof im Allgäu, eine vor allem durch Landwirtschaft und Tourismus geprägte Region im Süden Deutschlands. Ich bin Mitglied im Landesverband Bündnis 90/ Die Grünen Baden-Württemberg, einem Bundesland, in dem die GRÜNEN derzeit den Ministerpräsidenten stellen. Seit über 30 Jahren setze ich mich für eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft im Sinne sozial- und umweltverträglicher Wirtschaftsweisen und Betriebsformen in Deutschland, in Europa und weltweit ein, die ersten Jahre regional, die letzten 15 Jahre als Bundesvorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“.

Baden-Württemberg ist auch eines der industriellen Zentren Deutschlands, in dem zwei große Automobilkonzerne sowie zahlreiche Maschinenbauunternehmen ihren Sitz haben. Baden-Württemberg ist aber auch sehr durch den ländlichen Raum geprägt, ein Drittel der 10 Millionen Einwohner Baden-Württembergs leben im ländlichen Raum.

Eine der großen Herausforderungen für die Wahlkampagne der baden-württembergischen GRÜNEN zur Europawahl waren sicher die zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen. Die GRÜNEN in Baden-Württemberg sind traditionell stark auf kommunaler Ebene verankert. Dies zeigt auch das Wahlergebnis der Kommunalwahlen: Die Grünen und grün-nahen Listen in Baden-Württemberg haben über 1.660 Mandate in den Gemeinderäten und Kreistagen gewonnen; bisher waren es knapp 1.400. Damit haben die GRÜNEN insgesamt 19,1% an Sitzen hinzugewonnen. Sowohl Konservative als auch SozialdemokratInnen und Liberale hatten teilweise empfindliche Stimmen-

verluste hinnehmen müssen. Im Schnitt lag der Stimmenanteil der GRÜNEN bei den Kreistagswahlen in Baden-Württemberg bei über 12%. In vielen Gemeinden lagen die Stimmenanteile der Grünen und grün-nahen Listen bei über 20%, in vier Gemeinden, die eher dem ländlichen Raum zugeordnet werden, lagen sie sogar bei über 30%. Die meisten Stimmenzuwächse für die GRÜNEN kamen aus dem ländlichen Raum.

Der Landesverband Baden-Württemberg hatte für die Kommunalwahlen eine Werbelinie mit dem zentralen Claim „hier gestalten“ entwickelt. Die Plakate konzentrierten sich vor allem auf kommunale Themen, wie den Naturschutz, den Nahverkehr oder die Förderung regionaler Produkte.

Es war klar, dass die Europawahlkampagne in Baden-Württemberg nur Erfolg haben konnte, wenn sie an der Kampagne zu den Kommunalwahlen anschließen konnte.

Daher hat der baden-württembergische Landesverband neben die vom Bundesverband gestaltete Kampagne eine auf mich als baden-württembergische Kandidatin zugeschnittene Kampagne mit dem Themenschwerpunkt Agrarpolitik und ländlicher Raum gestellt. Die Kampagne „Bäuerin aus Leidenschaft“ zielte auf das Lebensgefühl im ländlichen Raum ab und thematisierte die europäische Agrarpolitik; es ging um die Freiheit von Gentechnik, den Erhalt kleinerer und mittlerer Betriebe sowie artgerechte Tierhaltung – bei uns, in Europa und weltweit.

Mit Wählerinnen und Wählern diskutierten wir bei zahlreichen Veranstaltungen, die streckenweise auf Bauernhöfen stattfanden, Themen wie „die Gefahren der Agrogentechnik“ oder „wie können möglichst viele Höfe erhalten werden, als Grundlage um den gesellschaftli-

chen Anforderungen im Umgang mit Tieren und Umwelt gerecht zu werden und regionale Produkte zu liefern?“. Auch die Folgen einer fehlgeleiteten, auf die Exportwirtschaft ausgerichteten europäischen Landwirtschaftspolitik auf die übrige Welt wurden dabei genauso thematisiert wie die Hintergründe der anstehenden Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA).

Bei der Europawahl kamen die GRÜNEN in Baden-Württemberg auf 13,2% der Stimmen und lagen damit über dem Bundesdurchschnitt. Sie mussten jedoch – wie überall in Deutschland – einen Verlust von 1,8% der Stimmen hinnehmen. Interessant ist jedoch auch hier, dass die Verluste im ländlichen Raum weitaus geringer ausfielen und damit auch eine Tendenz des Kommunalwahlergebnisses widerspiegeln.

### **Europa braucht Fingerspitzengefühl**

Im Wahlkampf habe ich die Erfahrung gemacht, dass viele Menschen Misstrauen gegenüber europäischer Politik hegen. Dieses Misstrauen ist vielfach diffus. Europa scheint weit entfernt, sehr bürokratisch und undurchsichtig. Durch Gespräche und Nachfragen lassen sich aber Verbindungen zwischen Europa und dem alltäglichen Leben aufzeigen und die Vorteile, die diese Europäische Union für uns als Bürgerinnen und Bürger geschaffen hat. Andere sind jedoch mit der Politik der Europäischen Kommission oder der Politik der Mitgliedsstaaten im Rat nicht einverstanden. Als GRÜNE sollten wir falsche politische Entscheidungen sachlich kritisieren und klare Alternativen aufzeigen. Politische Entscheidungen auf europäischer Ebene dürfen nicht „alternativlos“ erscheinen. Wenn wir nicht alle hart daran arbeiten, das verloren gegangene Vertrauen in die Europäische Union wiederherzustellen, droht das Misstrauen in eine offene Ablehnung der Europäi-

chen Union als solche umzuschlagen. Als Abgeordnete sehe ich es als eine meiner Aufgaben an, verlorengegangenes Vertrauen wieder herzustellen.

Das ist keine leichte Aufgabe. Hierfür bedarf es BürgerInnennähe durch Zuhören und Aufnehmen der Sorgen und Anliegen. Wir müssen darauf achten, dass die politischen Eigenheiten der Mitgliedsstaaten und Regionen in Europa respektiert und dass das in den Europäischen Verträgen garantierte Versprechen der Subsidiarität auch eingelöst wird.

### **2015 – das Europäische Jahr für Entwicklung: Europa in einer unruhigen Welt**

Als Mitglied des Entwicklungsausschusses werde ich mich in den kommenden fünf Jahren um die Entwicklungspolitik und die Katastrophenhilfe der Europäischen Union kümmern. Insgesamt bestreiten die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten ca. 50% der weltweiten Ausgaben für die Entwicklungspolitik, 2012 flossen von Seiten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten mehr als 55 Milliarden Euro in die Entwicklungshilfe. Im September 2015 soll auf einem UN-Gipfel eine Nachfolgevereinbarung für die UN-Entwicklungspolitik getroffen werden. Mit der „Post-2015“-Agenda werden die Staats- und Regierungschefs Ziele und Leitlinien für eine globale Entwicklungspolitik vereinbaren. 2020 läuft das Cotonou-Abkommen aus, ein handels- und entwicklungspolitisches Abkommen mit 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten. In dieser Legislaturperiode werden die Weichen für das Folgeabkommen gestellt. Für die Entwicklungspolitik der EU wird dies eine entscheidende Legislaturperiode sein. Gleichzeitig sind wir derzeit mit einer Fülle von humanitären Krisen ungeahnten Ausmaßes konfrontiert. Angefangen von der Ebola-Krise in Westafrika, über

die bewaffneten Konflikte im Nahen Osten, in der Zentralafrikanischen Republik und im Südsudan.

Ernährungssouveränität sowie Ernährungssicherheit zu schaffen sehe ich als zentrale Aufgabe. Nach wie vor gehören extreme Armut und Hunger für weltweit knapp eine Milliarde Menschen zur täglichen Lebensrealität. Gut 70% der betroffenen Menschen leben auf dem Land, sind Bäuerinnen und Bauern, LandarbeiterInnen oder Landlose. Daran haben auch die ambitionierten UN-Entwicklungsziele nichts geändert. Zwar ist nach Angaben der Welternährungsorganisation der Anteil der Menschen, die unter Ernährungsunsicherheit leiden, von 24% in den Jahren 1992-1994 auf 14% in den Jahren 2011-2013 gesunken. Doch für diese Zahlen wurde lediglich ein Kalorienbedarf von 1800 Kcal zugrunde gelegt – zu wenig für einen arbeitenden Menschen, zu wenig, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Bei diesen Zahlen wird nicht nur das Problem der einseitigen Mangelernährung ausgeklammert. Die Welthungerhilfe schätzt die Anzahl derer, die an Hunger und Mangelernährung leiden auf ca. 2 Milliarden Menschen. Besonders dramatisch ist die Situation in den Sub-Sahara-Staaten. Hier hungert ca. 1/3 der Bevölkerung. Geht man nach absoluten Zahlen, so leben mit 552 Millionen weiterhin die meisten hungernden Menschen in Asien. Und die Lage droht sich weiter zu verschlimmern. Bisher spiegeln die Zahlen nicht die Folgen der jüngsten humanitären Krisen, wie beispielsweise der Ebola-Krise oder den furchtbaren bewaffneten Konflikten in Syrien und im Irak wieder. Durch den weltweiten Klimawandel ausgelöste Umweltkatastrophen wie extreme Dürren oder Überflutungen, werden in Zukunft mehr und mehr Ernten vernichtet und die Situation verschärft. Nahrungsmittelspekulationen heizen dies zusätzlich an und verschlimmern die Hungerkrisen noch weiter.

### **Für die Stärkung bäuerlicher Strukturen – vor Ort, in Europa und weltweit.**

Der beste Garant, Ernährungssicherheit zu gewährleisten, ist die Stabilisierung und Förderung vielfältiger bäuerlicher Strukturen in den Entwicklungsländern. Die europäische Entwicklungshilfe muss diese Strukturen durch ihre Entwicklungspolitik und entsprechende Programme stärken und darf sie nicht konterkarieren. Lebensmittel dort produzieren, wo sie auch gebraucht werden, das muss als Grundprinzip gelten. Nur so können ausreichende, den Traditionen und Bedingungen angepasste und frische Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Jeder Staat muss das Recht haben, seine eigene Ernährungssouveränität sicherzustellen. Doch gerade in diesem Bereich wurden zu viele Fehler gemacht und allzu oft auf den monokulturellen Anbau von Agrarprodukten für den Export gesetzt. Diese Fehler dürfen wir nicht wiederholen. Die globale Agrar- und Entwicklungspolitik darf nicht unter dem Schlagwort „Ernährungssicherheit“ zum Erfüllungsgehilfen für die Etablierung agrarindustrieller Monokulturen und Strukturen in den Entwicklungsländern werden.

Wenn die Ernährungssicherheit, besser aber die Ernährungssouveränität, einen so hohen Stellenwert bekommen soll, muss dies im Sinne der Politikkohärenz auch Folgen für andere EU-Politiken, für EU-Handelsabkommen sowie für das Handeln der Kommission gegenüber der WTO haben. Dann dürfen Maßnahmen, die die Preisstabilität zum Zwecke der Ernährungssicherheit zum Ziel haben, nicht als handelsverzerrende Unterstützung definiert werden. Dazu gehören sowohl die Einrichtung von Nahrungsmittelreserven als auch die Möglichkeit für Entwicklungsländer, ihre Nahrungsmittelbinnenmärkte im Sinne

der Ernährungssouveränität vor der Volatilität der Märkte zu schützen, indem sie Mengen und Preise von Importen regulieren. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um die eigenen Bäuerinnen und Bauern vor Dumpingimporten zu schützen und würde auch dazu beitragen, Nahrungsmittelspekulationen einzudämmen, die maßgeblich zu den Ernährungskrisen der letzten Jahre beigetragen haben.

Ein weiterer Baustein für Ernährungssouveränität ist das Recht auf Zugang zu Land, zu Wasser, zu Saatgut sowie zu weiteren Produktionsmitteln. Das ist in vielen Ländern für die Bäuerinnen und Bauern keine Selbstverständlichkeit. Fehlende Rechtsicherheit wenn es um eingetragene Eigentumsrechte von Land geht, schränken die traditionellen Nutzerinnen und Nutzer stark ein. Ein Mangel an Brunnen und Wasserstellen, an regional angepasstes Saatgut erschweren zusätzlich bäuerliches Wirtschaften. Fehlende Bildung und Ausbildung, zu wenig Beratung und Forschung, die örtliches Wissen mit einbindet, hemmen die Entwicklung von regional angepassten Anbaumethoden und Ertragssteigerungen. Wenn dann noch durch „Land Grabbing“ systematisch Flächen aufgekauft werden, werden die Lebensgrundlagen der Bevölkerung völlig zum Spielball großer Investoren.

Dazu kommt die Exportorientierung der Europäischen Landwirtschaft, insbesondere die Tiermast, die zusätzlich Flächen aus anderen Weltregionen in Anspruch nimmt. In vielen Entwicklungsländern werden statt Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung, eiweißhaltige Futtermittel für den Export angebaut. Der Anbau dieser Futtermittel wird nicht in kleinbäuerlichen oder traditionellen Strukturen sondern durch große, agrarindustriell ausgerichtete Landwirtschaft realisiert. Daran hat sich nach der Neufassung der europäischen Agrarpolitik in diesem Jahr nichts geändert. Auch

nach dem Auslaufen bzw. Stilllegen der direkten Exportsubventionen verschärft dies die weltweite Hungerkrise und trägt zu „Landraub“ und zur Abholzung der Regenwälder bei. Verschärft wird dies auch noch durch die EU-Handelspolitik, die auf eine Öffnung der Märkte für europäische Lebensmittel und Agrarprodukte hinarbeitet. Die europäische Lebensmittelindustrie drängt mit Milch- und Fleischprodukten sowie zunehmend mit hochverarbeiteten Produkten wie süßem Gebäck oder Tütensuppen auf die Märkte der Entwicklungsländer und setzt damit die traditionellen Ernährungsgewohnheiten und die kleinbäuerlichen Strukturen weiter unter Druck. Doch gerade der Erhalt dieser kleinbäuerlichen, oft in festen Dorfgemeinschaften organisierten Strukturen ist in vielen Entwicklungsländern ein Garant für eine stabile Versorgung mit regional und kulturell angepassten Lebensmitteln. Ihr Erhalt verhindert zudem Landflucht, die eine der Hauptursachen für die wachsenden Elendsquartiere in den großen Städten der Entwicklungsländer ist.

Gerade in den Handelsabkommen mit Entwicklungsländern müssen wir auf sozial-ökologische Standards für landwirtschaftliche Produkte drängen. Agrarprodukte, die durch soziales und ökologisches Dumping günstig auf den europäischen Markt geworfen werden können, dürfen nicht weiter leichtes Spiel haben. Umgekehrt darf auch die Europäische Agrarpolitik durch Dumping keine kleinbäuerlichen Strukturen in Entwicklungsländern gefährden.

### **Die Europäische Agrarpolitik: Gestaltungsspielräume nutzen und an 2020 denken**

Wie oben bereits geschildert, sorgt die europäische Agrarpolitik dort, wo sie einseitig auf den Export ausgerichtet ist, für massive globale Probleme. Wir müssen

auch hier in Europa weiter an einer nachhaltigen Landwirtschaft arbeiten, statt wie bisher das Modell „Wachsen oder Weichen“ auch noch durch die Europäische Agrarpolitik weiter zu fördern. Mit der Neufassung der Europäischen Agrarpolitik wurden zwar einige Grundsteine für einen Agrarwende gelegt, doch ihre Ausgestaltung ist entweder zu schwach, wie bei den Maßnahmen zum Greening, oder wurde in die Hände der Nationalstaaten gelegt, wie bei den Direktzahlungen. Die Möglichkeiten bäuerliche Wirtschaftsweisen und Strukturen zu unterstützen waren noch nie so groß. Doch wird dies in den Mitgliedsstaaten viel zu wenig ausgeschöpft. Die Veränderungen werden so gering wie möglich gehalten.

Die Weltmarktstrategie der EU ist durch die Reform nicht in Frage gestellt worden und so wird es auch eine weitere Liberalisierung der Märkte geben. Die Milchviehbetriebe hier in Europa werden das mit dem Fall der Milchquote am 30. März 2015 deutlich zu spüren bekommen. Im Agrarausschuss werde ich mich mit der Entwicklung des Milchmarktes beschäftigen. Viele Betriebe versuchen sich durch eine Ausweitung ihrer Milchproduktion abzusichern. Die Milchmengen am Markt steigen kontinuierlich an und die Preise sind seit Frühjahr 2014 in mehreren Schritten schon vor der Grenzschließung Russlands für Milchprodukte gesunken – der Milchmarkt steht unter Druck. Eine solche Entwicklung war in der Schweiz zu sehen, die die Milchquote bereits 2009 abgeschafft hatte. Die Deregulierung des Milchmarktes hat in der Schweiz zu einem Verfall der Milchpreise sowie zu einer weiteren Marktkonzentration auf Seiten der Milchverarbeitenden Industrie geführt; viele Bauern sind aus der Milchproduktion ausgestiegen. Das Sicherheitsnetz der Europäischen Union ist zu schwach, um eine vielfältige Milchproduktion in der EU zu erhalten. Hier für eine Ausrichtung der Milchproduktion auf den europäischen

Markt zu kämpfen wird ein wichtiger Schwerpunkt für mich sein. Eine weitere Aufgabe wird die Neufassung der Regelung zur Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen sein. Zwar ist geplant, dass die Nationalstaaten Anbauverbote erlassen können. Es ist jedoch zu befürchten, dass die geplanten Opt-Out-Regelungen keineswegs rechtssicher gefasst werden. Im Zweifelsfall könnten die Mitgliedsstaaten von den Gentechnik-Konzernen vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden. Auch die geplante Erleichterung von Zulassung schafft mehr Probleme als sie löst. Samen machen vor Grenzen nicht halt. Die Ko-Existenz von gentechnikfreier und GVO-Landwirtschaft ist eine Illusion. Die EU hat die Pflicht, Zulassungsverfahren zu installieren die den Bedürfnissen gentechnikfrei wirtschaftender Betriebe genauso gerecht wird wie gesundheitlichen Anforderungen und allen anderen umweltrelevanten Fragen. Mit einer an die europäische Öffentlichkeit gerichteten Kampagne werde ich mich mit der grünen Fraktion gegen eine erleichterte Zulassung stemmen und für eine gentechnikfreie Landwirtschaft eintreten. Hier werden wir eng mit NGOs aus dem Umwelt- und Landwirtschaftsbereich zusammenarbeiten.

1997 hat die EU ganz offiziell ihre Ziele zur gemeinsamen Agrarpolitik so formuliert: Es soll das Europäische Agrarmodell eine multifunktionalen Landwirtschaft sein mit dem Anspruch:

*„Sowohl verschiedene Standorte, Betriebsstrukturen und Ausprägungen innerhalb der europäischen Landwirtschaft gleichberechtigt anzuerkennen und zu berücksichtigen, als auch die vielfältigen positiven Wirkungen, die mit bestimmten bäuerlichen Wirtschaftsweisen verbunden sind, zu erhalten bzw. negative Auswirkungen, die mit anderen landwirtschaftlichen Wirtschaftsweisen verbunden sind, zu minimieren.“*

Doch bei diesem selbst gesetzten Anspruch an die gemeinsame Agrarpolitik war die EU Agrarpolitik nicht erfolgreich.

Diese Ziele jedoch sind noch immer richtig und nehmen vor dem Hintergrund von Klimawandel und Umweltproblemen, zunehmender Armut und Krisengebieten an Bedeutung zu.

Der von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebene Weltagrарbericht belegt es ganz deutlich: „Ein weiter wie bisher

ist keine Option!“ Es müssen neue Wege beschritten werden, denn nur eine multifunktionale Landwirtschaft in all ihren unterschiedlichen Ausprägungen ist den großen Problemen und Herausforderungen gewachsen. Ausreichend und gesunde Nahrung für alle Menschen, heute und für künftige Generationen zu Verfügung zu stellen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Diesem Anspruch ein Stück näher zu kommen, daran werde ich die nächsten 5 Jahre arbeiten.



**Maria Heubuch** ist Mitglied des Europäischen Parlaments für Bündnis 90/Die Grünen. Maria engagiert sich für landwirtschaftliche Themen und hat vorher für Bauernverbände gearbeitet. Sie besitzt eine Farm im Allgäu.

## 4. Mehr Nachhaltigkeit für Europa in fünf Jahren und fünf Bereichen

Benedek Jávor

Zunächst möchte ich mich für die Einladung bedanken, meine Ansichten und Pläne als neu gewählter Grünen-Abgeordneter des Europäischen Parlaments für das GEF-Jahrbuch darlegen zu können. Mir ist bewusst, dass ich einer der ersten PolitikerInnen der Grünen aus der Region Mittel- und Osteuropa bin, dem diese Gelegenheit geboten wurde – ein Grund mehr, dankbar zu sein. Ich bin neu in der Fraktion der Grünen, aber als NGO-Aktivist und späterer Abgeordneter des ungarischen Parlaments hatte ich in den letzten zehn Jahren bereits häufiger Gelegenheit, mit den Europäischen Grünen zusammenzuarbeiten; aufgrund dieser Erfahrung bin ich fest davon überzeugt, dass wir von denselben Vorstellungen geleitet werden und alle gemeinsam an einem Strang ziehen.

### **Von der nationalen zur europäischen Politik: verschiedene Kontexte, gleiche Ziele**

Im Jahr 2010 trat ich im engeren Sinn in die Politik ein, nach etlichen Jahren als NGO-Aktivist in der größeren grünen Bewegung. Mein Motto als damals neu gewählter Abgeordneter in Ungarn basierte auf dem dreifachen Prinzip der Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Partizipation. Dieses Motto leitete sich aus der Diagnose ab, dass die Entwicklung Ungarns nicht nachhaltig war, und zwar nicht nur aus ökologischer Sicht, sondern auch in Bezug auf soziale Aspekte und auf die moralischen Grundlagen der Demokratie. Unsere Gesellschaft war zerrissen von untragbarer Ungerechtigkeit, und die liberale Demokratie war moralisch so gut wie erledigt. Letzteres war zum Teil die Folge einer mangelnden politischen Partizipation und der unzu-

gänglichen und korrupten Insider-Politik, mit der die Regierenden über Angelegenheiten entschieden, die jeden Einzelnen betrafen.

Vieles hat sich in Ungarn seither verändert – und zwar keineswegs zum Besseren. Vor allem wurden die institutionellen Grundlagen der liberalen Demokratie mit ihren Kontrollen und Gegenkontrollen weitgehend aufgegeben, um Platz zu machen für einen autoritären Staat, den sogar der Ministerpräsident als „illiberal“ bezeichnet. Es gibt für mich jedoch keinen Grund, mein Motto und die damit verbundenen Ziele zu revidieren. Der Abgrund, vor dem mein Land heute steht, ist die Folge der umfassenden Krise, die Ungarn 2010 erreicht hatte. Aus dieser Krise gibt es nur einen Ausweg: Dieser ist eng und schwierig, führt aber zu einer gerechten, integrativen und nachhaltigen Gesellschaft. Durch den Wechsel von der nationalen auf die europäische Ebene der Politik kann sich eine neue Perspektive eröffnen, aber an den Grundlagen ändert sich dadurch nichts. Auch in Europa brauchen wir Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, BürgerInnenbeteiligung und Teilhabe.

Als wir, mein Team und ich, im vergangenen August mit den Vorbereitungen und Planungen für die fünfjährige Amtszeit im Europäischen Parlament befasst waren, kamen wir zu dem Schluss, dass die Ziele und Motive, die uns einst in die Politik führten, unverändert und nach wie vor aktuell sind. Angesichts der Tatsache, dass unsere Regierung versucht, die Demokratie einzuschränken und die Gewaltenteilung und Machtbalance zwischen den verschiedenen demokratischen Institutionen aufzuheben, müssen wir mehr Gewicht nicht nur auf die gemeinsamen europäischen Werte, sondern auch auf die Rolle der europäischen Institutionen legen, die eine gewisse Kontrolle ausüben und Normen durchsetzen, welche sich aus

diesen Werten ableiten. Immerhin wurde das Wertesystem, von dem wir derzeit wegdriften, seinerzeit bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt von 80 Prozent der WählerInnen unterstützt.

### **Nachhaltigkeit im Fokus**

Ich glaube an die europäische politische Zusammenarbeit, ebenso wie mein Team und das Bündnis politischer Parteien, die ich vertrete. Das bedeutet jedoch nicht, dass ich sämtliche politischen Mechanismen und institutionellen Praktiken, die ich auf EU-Ebene beobachte, unkritisch unterstütze. Wir teilen einige wichtige gemeinsame Werte, aber die Probleme der Mitgliedstaaten sind oft sehr unterschiedlicher Natur; wenn den Ländern dann nur Einheitslösungen auferlegt werden, verschlimmert dies die Probleme häufig noch zusätzlich, wie man am Umgang mit der Griechenland-Krise deutlich sehen konnte. Ich möchte mich einsetzen für ein Europa, das enger zusammenhält, das transparenter, besser zugänglich und sehr viel umweltfreundlicher ist, also für ein Europa, das aufhört, den hohen Lebensstandard der heutigen Bevölkerung sicherzustellen, indem es überlebensnotwendige Ökosysteme zerstört und die Lebensgrundlagen kommender Generationen preisgibt. Dies wird am schwierigsten zu bewerkstelligen sein in denjenigen MOE-Ländern, die weniger wettbewerbsfähig sind und von schweren sozialen Spannungen heimgesucht werden. Wir müssen einen Weg finden, der uns erlaubt, unser Naturerbe zu schützen und gleichzeitig die lokale Wirtschaft zu fördern; der es ermöglicht, die zum übrigen Europa bestehende Lohnlücke zu schließen und gleichzeitig für nachhaltige Arbeitsplätze und sinkende soziale Ungleichheit zu sorgen. Wenn es einen politischen Kurs für die Entwicklung in diesen Ländern gibt, der die Bezeichnung „grün“ verdient, dann muss dieser nachhaltig im weitesten Sinne sein, nämlich

nachhaltig in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht.

Meine Tätigkeit als Abgeordneter des Europäischen Parlaments wird sich auf fünf Bereiche konzentrieren, die ich für entscheidend halte, was die Zukunft von Ungarn und Europa angeht.

### **Mehr Ehrgeiz in der EU-Umweltpolitik**

Der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit wird auf meiner Tätigkeit im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) liegen. Umweltpolitik ist ein Bereich, in dem die Zuständigkeit der europäischen Ebene eine der umfassendsten ist und in dem der positive Effekt harmonisierter Rechtsvorschriften einer der bedeutendsten ist. Außerdem ist Umweltpolitik eine Herzensangelegenheit von mir und passt perfekt zu meinem Hintergrund als Biologe und ehemaliger Aktivist in der grünen Bewegung, als Hochschullehrer für Umweltethik und ehemaliger Abgeordneter im ungarischen Parlament mit dem Schwerpunkt Umweltpolitik. Ein weiterer Grund, mich auf diesen Bereich zu konzentrieren, ist meine Ernennung zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden des ENVI-Ausschusses durch die Fraktion der Grünen/EFA. Jenseits von Regulierungsfragen, die auf der Agenda des Ausschusses stehen werden, plane ich eine Reihe eigener Initiativen, beispielsweise im Hinblick auf die Verwendung von Technologien auf Cyanidbasis im Bergbau (oder allgemeiner die Umweltpolitik der Bergbauabfallwirtschaft) oder auf die Vertretung der Rechte künftiger Generationen durch einen europäischen Ombudsmann – analog zu einer ähnlichen Einrichtung in Ungarn, die dort von 2008 bis 2012 betrieben wurde.

Derzeit ist die EU der einzige größere Wirtschaftsraum, der eine realistische Chance auf Wohlstand bei einer gleichzeitigen nachhaltigen Verringerung der energie-

bedingten Treibhausgasemissionen hat. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir jedoch ehrgeizigere und einheitlich verbindliche Klimaziele sowohl auf europäischer Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten, mit zielgerichteten, an Bedingungen geknüpften Förderregelungen und strengen Sanktionen, die zudem die Verlagerung von Industrieanlagen mit hohem Kohlenstoffausstoß in andere Teile der Welt unterbinden. Der Erfolg oder Misserfolg des Klimagipfels 2015 in Paris hängt zu einem wesentlichen Teil davon ab, wie groß die Anstrengungsbereitschaft und Entschlossenheit der EU ist, wenn es darum geht, sich in Sachen Klimaschutz als fair, unparteiisch und innovativ zu erweisen. Der Gipfel wird nur dann bedeutende Fortschritte erzielen, wenn Europa es schafft, eine klare Zukunftsvision zu entwerfen und mit gutem Beispiel voranzugehen, damit andere Länder der Welt uns als Vorbild betrachten können.

### **Sicherheit der Energieversorgung, erneuerbare Energien und Energiearmut**

Damit sind wir bereits bei meinem zweiten Schwerpunkt: Klima und Energie. Mein Interesse an diesen Themen ergibt sich ebenfalls aus meiner bisherigen Tätigkeit; außerdem sind beide Themen derzeit brandaktuell. Ich vertrete ein Land, in dem seit 2006 kein einziges Windpark-Projekt genehmigt wurde. Ungarns Ziele in Sachen erneuerbare Energien gehören zu den niedrigsten in der EU, sie liegen bei nur 14,6 Prozent. Die langfristigen Pläne des Landes im Hinblick auf die Sicherheit seiner Energieversorgung beinhalten den Bau neuer Kern- und Kohlekraftwerke, die Wiedereinführung der BergarbeiterInneausbildung, möglicherweise den Beginn der Energieerzeugung durch Braunkohle, bei gleichzeitig unveränderter Importrate in Bezug auf russisches Öl und Gas. Deshalb habe ich darum gebeten, als erste Herausforderung Schattenbericht-erstatte der Grünen-Fraktion für den

parlamentarischen Bericht über die Energiesicherheitsstrategie zu werden.

Damit habe ich die Möglichkeit, mich um die Versorgungssicherheit im mitteleuropäischen Raum zu kümmern, der derzeit am meisten von russischen Einfuhren abhängt, aber auch um die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am gesamten EU-Energiemix – als eine Antwort auf Fragen der Energiesicherheit. Europäische und ungarische Interessen sind in diesen Fragen völlig identisch ausgerichtet auf Selbstversorgung und Nachhaltigkeit, Verringerung des Kohlenstoffausstoßes, Befreiung von externer Energieabhängigkeit, Integration der europäischen Energiesysteme, intelligente Netze und Effizienz sowie Förderung einer ökologischen Wirtschaft über eine entsprechende Energiereform.

In Mittel- und Osteuropa gehen diese Fragen einher mit dem vielschichtigen Problem der Energiearmut. Armut ist der Grund dafür, warum die meisten der bestehenden Energiemodernisierungsprogramme auf die oberen Gesellschaftsschichten beschränkt bleiben. Wir brauchen daher Programme, die keine individuellen Beiträge aus weniger wohlhabenden Haushalten erfordern, da es dort nämlich darum geht, erzielte Einsparungen für die Rückzahlung von Darlehen zu verwenden. Wir brauchen auch Low-Cost-Mikroprojekte für die Ärmsten, damit sie ihre Häuser isolieren und die Wärmeeffizienz verbessern können.

Eines der Hauptrisiken im Zuge des russisch-ukrainischen Konflikts besteht darin, dass diejenigen bestärkt werden, die in ihrem Wunsch nach sofortigem Ausstieg aus der Energieabhängigkeit auf Lösungen setzen, die schneller und einfacher erscheinen als die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Flüssiggas und Schiefergas etwa könnten in diesem Zusammenhang viele

UnterstützerInnen finden. Ich möchte diesen kurzfristigen Ansätzen etwas entgegensetzen. Alte fossile Energiequellen mögen kurzfristig durch andere fossile Quellen ersetzbar sein, aber eines Tages wären auch diese erschöpft, und in der Zwischenzeit würden wir so viel CO<sub>2</sub> emittieren wie zuvor. Das können wir uns sicher nicht leisten.

Andererseits würde der Bedarf an Kernbrennstoff und das Problem der Atom-  
müllentsorgung nur wieder eine andere Art von externer Abhängigkeit schaffen, falls es uns nicht gelingen sollte, die Rolle der Kernenergie in der europäischen Energiereform auf ein Minimum zu beschränken. Es sollte keine Subventionen mehr für die Kernenergie geben, weder auf europäischer noch auf einzelstaatlicher Ebene. Ich bin fest davon überzeugt, dass Energieeffizienz in Kombination mit einer kernenergiefreien Versorgung, die einen schnell wachsenden Anteil an erneuerbaren Energien aufweist, genau der Weg ist, den wir einschlagen sollten. Zugegeben, eine solche Alternative braucht hier und da noch ein etwas solideres argumentatives Fundament, als dies derzeit der Fall ist. Politische Anstrengungen in Richtung einer solchen Alternative sind dringend erforderlich, aber davor muss noch ein verstärktes intellektuelles Bemühen stehen, und zwar sowohl in wissenschaftlicher als auch in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht, weshalb dieser Punkt eigentlich noch von größerer Dringlichkeit ist.

### **Verwirklichung einer umfassenden EU-Strategie zur Korruptionsbekämpfung**

Der dritte und möglicherweise komplexeste Bereich ist das Thema Korruptionsbekämpfung. Bereits als Abgeordneter in Ungarn konnte ich beobachten, dass das Interesse der Länderregierungen an der Eindämmung von Korruption

im Hinblick auf die Verwendung von EU-Geldern nahezu inexistent ist; dagegen ist den Regierenden sehr viel daran gelegen, EU-Institutionen von jedem potentiell effizienten Schritt in Richtung Korruptionsbekämpfung abzuhalten, oft unter Berufung auf den Grundsatz der Subsidiarität. Solche Klagen der ungarischen Regierung, die im Hinblick auf Zentralisierungen im eigenen Land unersättlich scheint, sind nicht nur heuchlerisch, sondern auch lächerlich.

Ich habe OLAF, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung, regelrecht bombardiert mit einer beträchtlichen Anzahl gut dokumentierter Fälle von schamlos übersteuerten EU-finanzierten Projekten, für die die Gefolgsleute der Regierungspartei zuständig waren. Ungarn hält den Europarekord bei den Einheitskosten im Autobahnbau und kann die teuerste Sanierung einer Eisenbahnstrecke vorweisen, die es je in Europa gab. Der Bau einer Industrieanlage von Audi in einem Natura-2000-Gebiet ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Regierungs- und IndustrievertreterInnen hier normalerweise miteinander Geschäfte machen. Übrigens blieben meine Beschwerden zu diesen Fällen ohne nennenswertes Ergebnis.

Andererseits bin ich mir aber durchaus bewusst, dass die Integrität der EU-Institutionen auch nicht immer einwandfrei ist. Nach einem aktuellen Bericht des Europabüros von Transparency International sind die Lobbying-Regelungen in der EU schwach und unvollständig; außerdem gibt es bedeutende Lücken in der Transparenz der Gesetzgebungsverfahren, und im Falle einiger europäischer Institutionen (darunter sogar das OLAF oder auch die EFSA, die angeblich die Lebensmittelsicherheit überwachen soll, aber in Wahrheit eher eine Lobbying-Plattform für Großunternehmen der Lebensmittelindustrie zu sein scheint) existiert nahezu keine Rechenschaftspflicht. Und schließ-

lich sind die Vorschriften im Hinblick auf Interessenkonflikte unzureichend, wenn es darum geht, das Drehtür-Phänomen zu verhindern.

Mein Eindruck ist, dass Korruptionsbekämpfung bisher nicht sehr weit oben auf der Prioritätenliste des Europäischen Parlaments stand; auch der Grünen-Fraktion gelang es bisher nicht, dem Thema die Aufmerksamkeit zu schenken, die es verdient hätte. Ich komme aus einem Land, das ein besonders drastisches Beispiel für staatliche Korruption innerhalb der EU abgibt, ein Land, das quasi an Korruption (bezüglich EU-Fonds oder auf andere Art) erstickt, und ich bin Mitglied einer Fraktion, die für eine Parteienfamilie steht, in der Fragen der Transparenz, Fairness und Verantwortlichkeit bei der Verwendung öffentlicher Mittel traditionell mit großer Sensibilität behandelt werden. Als logische Konsequenz möchte ich daher versuchen, ein umfassendes Antikorruptionsprogramm innerhalb meiner eigenen Fraktion zu initiieren sowie eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu diesem Thema zu bilden. Aus meiner Sicht müsste Korruptionsbekämpfung eines der Hauptthemen auf der europäischen politischen Agenda sein. Wir brauchen eine europäische Strategie zur Korruptionsbekämpfung, die sowohl legislative als auch institutionelle Elemente beinhaltet; erstere zur Schließung der vorgenannten regulativen Lücken und gleichzeitig als WhistleblowerInnen-Schutz, letztere unter anderem zur Klärung des umstrittenen Status von OLAF als Dienststelle der Kommission, vor dem Hintergrund des Vorschlags zur Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft.

Außerdem sollten wir uns für die Annahme einiger grundlegender gemeinsamer Normen über die Finanzierung politischer Parteien und Wahlkampagnen einsetzen sowie für den Aufbau eines effizienten Finanzierungsinstruments, um den inves-

tigativen Journalismus in Europa zu unterstützen, denn dieses journalistische Genre hat sich bestens bewährt im Hinblick auf die Aufdeckung von Korruptionsfällen, ist aber durch den Niedergang des traditionellen Journalismus zunehmend in seiner Existenz gefährdet. In diesem Sinne habe ich bereits einen Änderungsantrag für den vorgeschlagenen EU-Haushaltsplan 2015 eingereicht, mit dem Ziel, eine aus dem Entwurf gestrichene Haushaltlinie beizubehalten, die in den vergangenen Jahren eine entsprechende Zuteilung für ein solches Stipendienprogramm vorsah. Bislang ist das Programm aufgrund administrativer Hindernisse nicht in Gang gekommen, Hindernisse, die meiner Ansicht nach leicht zu überwinden wären, wenn der ehrliche politische Wille dazu vorhanden wäre.

Ich werde eine Website anlegen, die als sichere und benutzerfreundliche Plattform für ungarische WhistleblowerInnen dienen soll, die dort über Fälle von Betrug und Korruption hinsichtlich der Verwendung von EU-Mitteln berichten können. Was meine eigenen Tätigkeiten angeht, so bin ich bereit, meinen Kalender transparent zu machen. Die Öffentlichkeit wird erfahren, mit wem ich mich treffe und was ich als Abgeordneter mit meinen Gesprächspartnern diskutiere; ich bin außerdem bereit, die legislative Bilanz jeder Diskussion aufzuzeichnen, an der ich teilnehme, in Bezug auf jedwede Gesetzgebung, über die ich berichten werde.

### **Förderung einer integrativen Roma-Politik**

Ein weiterer wesentlicher Punkt auf meiner Prioritätenliste ist eine integrative Roma-Politik. Zwischen sechs- und achthunderttausend Roma leben in meinem Land, die meisten von ihnen unter Bedingungen, die von Langzeitarbeitslosigkeit, Ausgrenzung, bitterer Armut und Vorurteilen gekennzeichnet sind, während ihnen

Sozialleistungen und Gesundheitsdienstleistungen gewährt werden, die deutlich schlechter sind als das, was der Mehrheit zur Verfügung steht. Unsere früheren Regierungen haben unabhängig von ihrer politischen Couleur nur äußerst wenig für die Versorgung der Roma mit Schul- oder Arbeitsmöglichkeiten getan. Das Angebot an Maßnahmen bestand aus getrennten Schulen und öffentlichen Beschäftigungen, für die die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns gezahlt wurde. In ihren von der übrigen Ortschaft abgeschnittenen Ghettos leben die Roma in der Regel ohne fließendes Wasser, Strom oder Abwasser und sind der Feindseligkeit von lokalen Behörden, rechtsextremen paramilitärischen Gruppen und ProfitmacherInnen ausgesetzt. Dies allein würde schon die Entwicklung eines Landes stark beeinträchtigen, selbst wenn alles andere in Ordnung wäre.

Das Problem ist aber nicht unseres allein. Wir teilen es mit den neuen Mitgliedstaaten der Region und in gewissem Maße – in der Regel in Form eines Migrationsproblems – auch mit den westlichen Ländern. Andererseits gibt es aber auch Programme, die nachweislich Wege aus Armut und Hoffnungslosigkeit eröffnen und gleichzeitig ethnische Spannungen abbauen. Gábor Daróczy, der Mitglied meines Teams ist, worauf ich stolz bin, hat lange in der Entwicklung und Bereitstellung solcher Programme gearbeitet. Aktuell bemüht er sich beispielsweise darum, Roma-Familien, die in benachteiligten Gebieten leben, dabei zu unterstützen, eine autonome Gemeinschaft und eine Lebensweise zu entwickeln, die weit weniger abhängig ist von den großen Systemen, wie z. B. der Energieversorgung, als vorher. Ein Teil unserer Mission besteht in dem Versuch, im Europäischen Parlament um Unterstützung für solche Programme zur Linderung von Wehrlosigkeit und Förderung der Nachhaltigkeit zu werben.

### **Eine stärkere grüne Präsenz in Mittel- und Osteuropa**

*Last but not least* werde ich mich auch für eine stärkere Präsenz grüner Politik in den MOE-Ländern einsetzen. Zwar konnten infolge der letzten Europawahlen einige grüne Parteien aus der Region ihre VertreterInnen ins Europäische Parlament schicken, was ein großer Erfolg ist, aber die gleichen Wahlen haben die Fraktion der Grünen – gemessen an ihrem relativen Gewicht im Parlament – vom vierten auf den sechsten Platz abrutschen lassen. Das ist enttäuschend, denn es zeigt, dass ein erheblicher Teil derjenigen, die unzufrieden waren mit der Art, wie die traditionellen großen Parteien mit der aktuellen Wirtschaftskrise umgingen, sich lieber extremen Parteien als grüner Politik zugewandt haben und vielleicht sogar die europäische politische Zusammenarbeit insgesamt ablehnen. Vielleicht bestehen gerade in unserer Region die besten Chancen für die Grünen, dieser Tendenz kurzfristig zu widerstehen.

Wir sollten darauf hinarbeiten, bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament acht bis zehn Sitze für die Grünen dazuzugewinnen, was nur möglich sein wird, wenn wir uns darum bemühen, andere Grüne in der Region mit unserer Erfahrung zu unterstützen. Genau diese Unterstützung haben wir früher selbst auch von anderen erhalten. Der Begriff „grün“ sollte bezogen auf die MOE-Länder vielleicht eine etwas andere inhaltliche Ausrichtung erhalten, als dies in den westlichen Ländern der Fall ist, oder er sollte einen zusätzlichen Schwerpunkt auf bestimmten Themen beinhalten.

Aufgrund unserer Lage an der europäischen Semiperipherie müssen wir unsere ganz eigenen sozioökonomischen Schwierigkeiten bewältigen, und unsere demokratischen Traditionen sind in vielerlei Hinsicht nur unzureichend ausgeprägt.

Die BürgerInnenbeteiligung ist gering, und es herrscht wenig Interesse an Gemeingütern, auch im Hinblick auf Natur- und Umwelt; und dies gilt nicht nur für die vielen, die tagtäglich um ihr Überleben kämpfen. Diese Probleme müssen wir in Angriff nehmen, indem wir für soziale Gerechtigkeit und Integration eintreten, Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe entwickeln und fördern sowie die Grundwerte der Demokratie gegen die immense Ernüchterung verteidigen, die sich seit dem Fall der kommunistischen Regime breitgemacht hat. Das ist der einzige Weg, der grüner Politik Glaubwürdigkeit verschaffen kann.

Fünf Jahre, fünf Bereiche und fünf Zielsetzungen für den Einsatz zugunsten ökologischer, sozialer und moralischer Nachhaltigkeit – so würde ich meine Pläne für das vor mir liegende Mandat als Abgeordneter zusammenfassen. Nimmt man jedes der Ziele für sich, erscheint keines davon unrealistisch. Sollten wir in allen Bereichen Erfolg haben, würde dies bedeuten, dass Europa, und damit auch Ungarn, sich in gewisser Weise verändert hat, und zwar zum Besseren. Der Einsatz für dieses Ziel ist jede Mühe wert.



**Benedek Jávor** Benedek Jávor ist ein ungarischer Umweltaktivist und Mitglied des Europäischen Parlaments für Párbeszéd Magyarorszáért (Dialog für Ungarn). Er ist erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Bei den ungarischen Parlamentswahlen 2010 gewann er einen Sitz in der Nationalversammlung; für die meiste Zeit seines Mandats war er Vorsitzender des Ausschusses für nachhaltige Entwicklung. Darüber hinaus ist Benedek Gründungsmitglied der Umwelt-NGO Védegylet (Protect the Future!). Als promovierter Biologe ist er zudem Autor zahlreicher Artikel und Veröffentlichungen zu den Themen Umweltrisiken, Ökologisierung der Wirtschaft und Zukunft der Erde.

## 5. Ein neues Europa: sozial gerecht und demokratisch

Terry Reintke

Ich gehöre zur ersten Generation junger EuropäerInnen, für die die Europäische Union ein völlig normaler Bestandteil ihres bisherigen Lebens war und ist. Noch nie habe ich Krieg oder eine Diktatur erlebt, und der Fall des Eisernen Vorhangs ist für mich nur eine Kindheitserinnerung.

Aber auch wenn wir heute mehr Freiheiten als je zuvor in Sachen Reisen, Studieren und Arbeiten in Europa genießen, so sind wir auch die Generation, die seit sieben langen Jahren im Krisenmodus lebt. Unsere Eltern können sich nicht erinnern, dass die Jugendarbeitslosigkeit jemals höher war als heute. Wir wurden von dieser Krise getroffen, ohne ein Mitspracherecht bei der Erschaffung des Systems, welches die Krise ausgelöst hat, gehabt zu haben.<sup>1</sup>

Zwar ist die Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa verbreitet, und die Lebensumstände junger Menschen sind überall verschieden, aber die folgenden Probleme betreffen uns alle gleichermaßen: Demonstration des Gesellschaftsvertrags und des Wohlfahrtsstaates, Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt sowie sämtliche Risiken, denen arme ArbeitnehmerInnen ausgesetzt sind. Aufgrund der Krise können wir kein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben führen und sind von sozialer Ausgrenzung bedroht.

Das europäische Friedensprojekt war und ist nach wie vor eine gute Idee. Aber das allein reicht nicht mehr. Junge Menschen in Europa glauben nicht mehr daran, dass sie einmal ein besseres Leben als ihre Eltern haben werden, und sie erwarten kei-

nen Wohlstand mehr. Die Sozialunion, also das Versprechen, dass kein Europäer und keine Europäerin zurückgelassen wird, ist nie Wirklichkeit geworden; was stattdessen kam, war die neoliberale Agenda – trotz gegenteiliger Behauptungen. Partizipation und Demokratisierung sind oftmals nur Worthülsen, mit denen längst getroffene Entscheidungen nachträglich optisch aufgebessert werden.

Was sollen wir griechischen RentnerInnen sagen, die unter erheblichen Kürzungen im Sozialsystem leiden, während die Europäische Union Konsequenzen wie etwa die Verarmung von ohnehin benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Kauf nimmt, um die Banken zu retten? Wie erklären wir spanischen Familien, dass sie aus ihren Häusern vertrieben wurden, weil die einseitige Brüsseler Sparpolitik es so will? Solche Fragen stellen sich jedoch nicht nur in den sogenannten Krisenländern. Auch in Deutschland fragen sich die BürgerInnen, wie Europa für mehr Gerechtigkeit sorgen kann in einer Gesellschaft, in der jedes fünfte Kind in Armut aufwächst, während gleichzeitig die bereits sehr Reichen immer noch reicher werden. Um solche Ungleichgewichte müssen wir uns kümmern, und wir müssen alternative Lösungen dafür entwickeln, Lösungen auf europäischer Ebene.

### Verzerrte Bilder von Arm und Reich

Unter den jungen Menschen in Deutschland ist jeder Vierte im Niedriglohnsektor beschäftigt, woraus bereits eine neue Gesellschaftsschicht entstanden ist: die erwerbstätigen Armen (*Working Poor*). Selbst Schweden mit seiner Vorzeigesozialpolitik innerhalb der EU sieht sich mit einer Jugendarbeitslosenquote konfrontiert, die viermal so hoch ist wie die Quote der Arbeitslosen insgesamt. Immer noch wird die europäische Krise auf die Kluft

<sup>1</sup> Junge Menschen kämpfen gegen die Krise: [www.youthincrisis.eu](http://www.youthincrisis.eu)

zwischen Nord und Süd, zwischen den kranken Krisenländern einerseits und den gesunden, wettbewerbsfähigen Mitgliedstaaten andererseits, reduziert. Dieses Bild ist deutlich verzerrt.

Es ist ein Bild, das auf Zahlen basiert, die uns allen bestens bekannt sind: Zahlen aus der Arbeitslosenstatistik, Zahlen über das Bruttoinlandsprodukt und über die Durchschnittseinkommen. Sicher erhalten wir über diese Zahlen einen Einblick in die krassen Ungleichgewichte zwischen Nord- und Südeuropa, in die alarmierend auseinanderklaffenden Entwicklungen der sozioökonomischen Bedingungen in der Europäischen Union. Dennoch sind Zahlen nur ein Teil des Gesamtbildes: Wir müssen mehr über den Tellerrand schauen, um zu verstehen, wie sehr wir eine sozialere Europäischen Union brauchen, damit Frieden, Demokratie und Verständnis auf dem Kontinent bewahrt werden.

### **Wir brauchen neue Visionen**

Das Projekt Europäische Union ist noch lange nicht abgeschlossen. Wir befinden uns mitten im Konstruktionsprozess, und es ist jetzt an uns, diesen Aufbau fortzusetzen und die Europäische Union so zu gestalten, wie wir sie haben wollen. Über die letzten Jahre dominierte ein Krisendiskurs, dessen Schwerpunkt häufig auf den negativen Auswirkungen und Merkmalen der Europäischen Union lag.

Jedoch ist nicht alles ausschließlich düster. Ich glaube fest daran, dass wir in den nächsten Jahren die Chance erhalten, auf der Basis von Krisenerfahrungen zu handeln. Demokratische und soziale Veränderungen sind möglich. Dies hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, etwa beim Kampf der Menschen für soziale Rechte oder für Frauenrechte; auch die globalisierungskritische Bewegung

konnte einige Erfolge verzeichnen. Soziale Bewegungen und Basisinitiativen, die oft von jungen Menschen getragen werden, streben nach Veränderung. In Spanien, Italien und Griechenland haben junge Menschen die Vorreiterrolle in Sachen Veränderung übernommen.

### **Keine Freiheit ohne Gleichheit, keine Gleichheit ohne Emanzipation**

In den letzten Jahren waren wir Zeugen einer gefährlichen Verschiebung sowohl innerhalb der europäischen Länder als auch zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Die Gesellschaften werden immer ungleicher. Nicht nur die Armut nimmt zu, sondern gleichzeitig auch die Anzahl der extrem Reichen. Die meisten europäischen Länder würden sich selbst als liberale Demokratien bezeichnen, und liberale Demokratien funktionieren auf der Basis universeller Teilhabe. Sie geben den Menschen das inhärente Versprechen, dass diese sich als freie und gleiche BürgerInnen am politischen System beteiligen können.

Jedoch wird dieses Versprechen nun infrage gestellt. Und zwar nicht nur durch diskriminierende Strukturen gegenüber Frauen, LGBT\*-Menschen, MigrantInnen und Menschen mit Behinderungen, sondern zunehmend durch das wachsende Problem der Armut und sozialen Ausgrenzung in weiten Teilen der europäischen Gesellschaften. Junge Menschen sind ebenso überproportional betroffen wie Frauen, die die schwerwiegenden sozialen Folgen nicht nur der Krise selbst erleiden, sondern vor allem der Sparmaßnahmen, die als Reaktion auf die Krise eingeführt wurden. Sozialleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten werden dadurch vernichtet, vor allem im öffentlichen Dienst.

## Warum wir ein soziales Europa brauchen

Dass Kapitalismus und Liberalisierung unvermeidlich seien, wird an jeder Universität gelehrt. Doch die Politik der Marktöffnung und Deregulierung hat Armutsraten von 30 Prozent in den südeuropäischen Ländern, Jugendarbeitslosenquoten von 50 Prozent und eine wachsende Zahl von erwerbstätigen Armen geschaffen. In der Eurozone war es mangels einer gemeinsamen Haushalts- und Finanzpolitik sowie aufgrund einer Geldpolitik, die sich nur auf Inflationskontrolle und einzelstaatliche Haushaltsbeschränkungen konzentriert, nicht möglich, antizyklische Maßnahmen zur Schaffung grüner Arbeitsplätze und nachhaltiger Investitionen in die Zukunft umzusetzen. Dieses Modell muss sich ändern. Wir brauchen ein demokratisches Europa, das auf sozialer und ökologischer Gerechtigkeit aufbaut – nur so können wir unsere Zukunft sichern.

In der Europäischen Union muss ein grundsätzliches Umdenken im Hinblick auf die Frage stattfinden, wie ein gewisses Maß an Gleichberechtigung für alle BürgerInnen garantiert werden kann. Entscheidend ist, dass die Europäische Union sich nicht nur als Impulsgeberin für wirtschafts- und wettbewerbspolitische Fragen versteht, sondern sich auch für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik einsetzt. Auf dem Feld der Sozial- und Steuerpolitik sind gemeinsame Mindeststandards erforderlich, um unlauteren Wettbewerb auf dem europäischen Binnenmarkt verhindern zu können.

Wir brauchen eine soziale Garantie. Dies kann ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine negative Einkommenssteuer für Geringverdiener sein. Aber wie auch immer wir es nennen: Unsere Sozialsysteme müssen von repressiven Strukturen

befreit und mit dem Leben der Menschen in Einklang gebracht werden. Ohne eine grundlegende, garantierte Sicherheit werden die jungen Menschen von heute, die gleichzeitig die am meisten überlastete und am meisten unterbeschäftigte Generation sind, nicht in der Lage sein, ihre Rechte auszuüben, ihre Existenz nach ihren Bedürfnissen zu organisieren oder ihre Jugend in Würde zu verbringen.

## Ein diskriminierungsfreies Europa

Ein sozialeres Europa bedeutet auch ein offeneres Europa: ein Europa, in dem alle frei entscheiden können, wie sie leben wollen. Das schließt auch den Schutz von Minderheiten ein, die Emanzipation der Frauen sowie vollständige Rechte für LGBT\*. Was wir brauchen, ist eine starke Repräsentanz von Minderheiten und nicht deren Ausschluss. Beispielsweise können wir Frauen durch Quotenregelungen ermächtigen; außerdem brauchen wir endlich eine gerechte Gesetzgebung im Hinblick auf das Familien- und Steuerrecht sowie auf diskriminierungsfreie Gesetze für LGBT\*. Das Motto „In Vielfalt geeint“ ist das Leitmotiv in dieser Frage.

Ich werde im Europäischen Parlament für eine radikale Demokratisierung der europäischen Gesellschaft kämpfen, damit die Menschen, vor allem die jungen Menschen, an der Gesellschaft teilhaben können. Was diese Forderung betrifft, stimme ich mit vielen sozialen und demokratischen Bewegungen und Organisationen in ganz Europa überein. Ohne eine echte Beteiligung der BürgerInnen an ihren demokratischen Prozessen wird die Europäische Union ihre Vision nicht in vollem Umfang realisieren. Deswegen muss das Europäische Parlament als direkte Vertretung der europäischen Völker gegenüber den anderen europäischen Institutionen gestärkt werden. Ein erster und dringender Schritt auf diesem Weg besteht darin, dem Europäischen Parlament das Initiativrecht zu

übertragen. Darüber hinaus muss die Europäische Kommission demokratisiert und transparenter gestaltet werden.

Junge Menschen müssen auch im Europäischen Parlament ein Mitspracherecht haben. Derzeit gibt es nur sehr wenige junge Abgeordnete. Rund 30 Prozent aller EuropäerInnen sind unter 30 Jahre alt; dieser Anteil sollte auch in der parlamentarischen Vertretung erreicht werden.

### **Freizügigkeit für alle**

Eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union ist die innere Personenfreizügigkeit. Auch wenn für viele Menschen, vor allem junge Menschen mit geringem Einkommen, Freizügigkeit aus Kostengründen nur eine theoretische Freiheit bleibt, haben sich für viele dadurch Türen geöffnet, um ins Ausland zu reisen, dort zu lernen, zu arbeiten und das Empfinden einer europäischen BürgerInnenschaft zu entwickeln. Diese Grundfreiheit darf nicht von denjenigen, die bestimmte Gruppen wie Asylsuchende, Roma oder BürgerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ausschließen wollen, beeinträchtigt werden.

Für viele der jungen Generation ist die Freizügigkeit nicht bezahlbar. Wenn wir unsere Freiheit nutzen wollen, woanders zu arbeiten, stoßen wir auf Probleme der Sprache, der Bürokratie und der fehlenden grenzüberschreitenden Geltung von sozialen Rechten und Dienstleistungen. Dies trägt zum Eindruck von Europa als einem Projekt der Eliten bei: einem Projekt für diejenigen, die es sich leisten können zu reisen. Wir müssen dies durch eine Stärkung von Programmen wie Erasmus und anderen Mobilitätsinitiativen ändern, vor allem für Menschen mit nichtakademischem Hintergrund.

Um Veränderungen zu erreichen, brauchen wir nicht nur Druck von sozialen

Bewegungen und Initiativen, sondern auch parlamentarische Mehrheiten. Politische Veränderungen können auch zustande kommen, wenn der Druck der Straße massiv ist. Aber es muss auch der politische Wille und die Hoffnung auf Erfolg für die Menschen da sein, damit sie auf die Straße gehen. Politische Bewegungen informieren die gesellschaftliche Debatte und umgekehrt. Parlamentarische Mehrheiten kann man beim Wort nehmen, indem man ihre VertreterInnen, egal auf welcher Ebene, befragt und indem man sicherstellt, dass die Versprechen eingehalten werden. Der Wandel muss auf allen Ebenen stattfinden, und jeder muss einbezogen werden. Nicht nur Regierungen, PolitikerInnen, StudentenfürherInnen oder andere Einzelpersonen. Wir werden nicht auf einen Helden oder eine Heldin warten, sondern es selbst in die Hand nehmen.

### **Wie soll mein Europa aussehen?**

Ich möchte in einer Europäischen Union leben, in der junge Menschen die Möglichkeit haben, sowohl langfristige Pläne zu schmieden, als auch in einer prosperierenden Gegenwart zu leben; wo das Versprechen eines guten Lebens auch für jetzt gilt und nicht erst für später. Ich möchte in einer Europäischen Union leben, in der Arbeit angemessen bezahlt wird. Ich möchte in einer Europäischen Union leben, in der Investitionen getätigt werden, um uns eine Zukunft ohne Schädigung der Umwelt zu sichern. Ich möchte in einer Europäischen Union leben, in der die verschiedenen Regionen näher aneinanderrücken. Ich möchte in einer Europäischen Union der Solidarität leben. Ich möchte in einer Europäischen Union mit echter Beteiligung der BürgerInnen am demokratischen Prozess leben. Ich möchte in einer Europäischen Union leben, in der die Rechte der BürgerInnen auf Wohnraum respektiert werden, denn Europa ist nicht einfach nur ein unfertiges Projekt, das wir lediglich von außen

betrachten dürfen. Europa ist nicht nur eine Sammlung endloser Verträge und Gedenktage. Wir sind Europa. Dies ist die Aufgabe, die ich ins Europäische Parlament mitbringe.

Als Grüne haben wir die Aufgabe, all diese Forderungen voranzubringen: für die soziale Sicherheit der Menschen, für eine ökologische Transformation und für mehr Demokratie auf *europäischer* Ebene. Nur dann können wir uns als echte europäische Alternative positionieren.



**Theresa (Terry) Reintke** ist Mitglied des Europäischen Parlaments für Bündnis 90/Die Grünen. Von 2011 bis 2013 war sie Ko-Sprecherin der Vereinigung Junger Europäischer Grüner (FYEG), und sie war als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag für Ulrich Schneider tätig. Terry hat Politikwissenschaft in Berlin und Edinburgh studiert.

© Bülent Suat Engüzel

## 6. Ökologisierung der europäischen Wirtschaftsagenda in schwierigen Zeiten

Molly Scott Cato

### Das West Country ergrünt

Höhen und Tiefen prägten den 18 Monate dauernden Wahlkampf, an dessen Ende die Grüne Partei von England und Wales ihren ersten Abgeordnetensitz überhaupt in Südwestengland gewann. So viel Zeit musste angesichts der für uns extrem hohen Hürden investiert werden, um ein grünes Mandat in Großbritannien zu erlangen. Die Grünen erreichten 11,2 Prozent in der Region, aber das war keineswegs eine Garantie auf einen Parlamentssitz; andere KandidatInnen lagen nach den fünf D'Hondt-Nachzählungen nur fünf bis sechstausend Stimmen hinter uns. Während dieser 18 Monate habe ich jeden Winkel des Wahlgebiets bereist – außer Gibraltar: Dort habe ich aber nach meiner Wahl einen Teil meines Sommerurlaubs im Anschluss an eine längere Reise durchs Landesinnere verbracht.

Der Südwesten ist eine vielfältige und abwechslungsreiche Gegend, die auch die spektakuläre Küste Cornwalls sowie die Jurassic Coast zwischen Devon und Dorset einschließt. Auch die einzigartige Bioregion der Somerset Levels, die sich im vergangenen Winter so anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels zeigte, gehört zu dieser Region. Zum Reichtum an historischen Sehenswürdigkeiten zählen beispielsweise die Kathedralen in Exeter, Gloucester, Truro und Bristol sowie das Weltkulturerbe Stonehenge. Fast mein ganzes bisheriges Leben habe ich in dieser atemberaubend schönen Landschaft mit ihren prosperierenden Städten und Gemeinden verbracht, und ich bin sehr stolz darauf, dass ich zur

ersten parlamentarischen Grünen-Abgeordneten dieser Gegend gewählt wurde.

Grüne ÖkonomInnen wären begeistert von dem, was der Südwesten diesbezüglich zu bieten hat: eindrucksvolle erneuerbare Energiequellen in Form von Wellen- und Windkraft sowie den zweithöchsten Tidenhub der Welt im Fluss Severn. Der Ackerbau ist geprägt durch fruchtbare Böden, und es gibt eine stattliche Anzahl innovativer LandwirtInnen und Biobauern/-bäuerinnen, darunter viele AnhängerInnen der Grünen.

Einige der großen Städte Englands liegen im Südwesten. Am bekanntesten ist Bristol, das historisch eine Hafenstadt ist, sich aber inzwischen zu einer multikulturellen Gemeinschaft von rund 400.000 Menschen entwickelt hat. 20 Prozent der hiesigen WählerInnen haben sich im Mai für die Grünen entschieden. Außerdem gelang es uns am Tag der Europawahl, unsere Vertretung im Stadtrat um 50 Prozent erhöhen. Weitere Ballungszentren der Region sind Bournemouth, eine große Küstenstadt mit einer Universität sowie vielen Arbeitsplätzen im Bereich Finanzdienstleistungen; Plymouth, traditionell eine Marinestadt, die sich immer mehr zu einem Zentrum für Meeresschutz und Meeresenergiekompetenz entwickelt; und Swindon, eine klassische Eisenbahnstadt, mit aus London ausgelagerten Arbeitsplätzen entlang des M4-Korridors und der parallelen Eisenbahnlinie nach Wales.

Städte wie Bristol und das nahe gelegene Bath sind zwar die politische Basis der Grünen, aber der Südwesten ist überwiegend ländlich geprägt, und dass wir auch hier einen hohen Stimmenanteil erreichen konnten, ist ein sehr ermutigendes Zeichen für grüne Politik in unserer Region. Ich freue mich angesichts der Vorstellung, dass die Begeisterung für die Grünen in Südwestengland ein Zeichen für eine echte Veränderung hin zu grünen Werten sein könnte, Werte, die das erfor-

derliche Fundament einer nachhaltigen Gesellschaft bilden.

### **Globalisierung und Entfremdung von der Politik**

Die Schlagzeilen rund um die Europawahlen in Großbritannien waren dominiert von der wachsenden Unterstützung für die UKIP (UK Independence Party) und ihren hinzugewonnenen Abgeordnetensitzen im Europäischen Parlament. UKIP ist eine Partei, die auf einem restlos negativen und in vielen Aspekten fiktiven Manifest begründet ist, welches die Ängste der Menschen verfestigt und manipuliert. Sie kanalisiert und fördert die Enttäuschung gegenüber der Politik, der Europäischen Union sowie angesichts einer Gesellschaft aus solidarischen und toleranten Gemeinschaften, die wir über die letzten Jahrzehnte mit viel Mühe aufgebaut haben. Ich habe zwar nichts als Verachtung übrig für die Politik des Hasses, die das einzige Kapital des UKIP-Lagers ist, dennoch müssen wir als Grüne etwas aus diesem Wahlerfolg lernen.

Viele WählerInnen fühlen sich von ihren politischen VertreterInnen im Stich gelassen; für sie handeln PolitikerInnen eher aus Eigeninteresse oder im Dienste der Wirtschaft, anstatt sich für die Menschen, die sie gewählt haben, einzusetzen. Als grüne Ökonomin argumentiere ich seit Jahrzehnten, dass die Entfremdung der Menschen infolge der Globalisierung – mit ihrem Wettlauf um die niedrigsten Sozial- und Umweltstandards und dem Verlust von Gemeinschaft und Identität bei der Arbeit – zu einer Rückkehr identitätsbasierter und nationalistischer Politik führen wird. Weder überrascht es mich, noch erfüllt es mich mit Genugtuung, dass meine Vorhergesagen sich nun bewahrheiten.

Ein perfektes Beispiel dafür ist das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). TTIP wird die Lebensgrundlage der Land-

wirte in Südwestengland in Gefahr bringen, die von unswertgeschätzten hohen Standards der Lebensmittelproduktion untergraben und unsere Arbeitsplatzbedingungen infrage stellen. So wie die Globalisierung insgesamt und das EU-Credo vom Wachstum durch Handel führt ein stärkerer Handel zu weiteren Arbeitsplatzverlusten für viele hart arbeitende Menschen in meiner Region, denn die Unternehmen unterteilen die Welt in Hochlohn-VerbraucherInnen und Niedriglohn HerstellerInnen und profitieren von beiden. Da die überwiegende Mehrheit der britischen Europaabgeordneten diesen vergifteten Deal unterstützt, kann ich es den WählerInnen nicht verdenken, dass sie ihren Glauben an die PolitikerInnen verloren haben. Auch UKIP scheint TTIP zu unterstützen, womit natürlich die Vermutung aus der Welt ist, dass sie etwas anderes wären als nur eine weitere etablierte Partei, die lieber die Macht der Konzerne verteidigt, als sich für die Menschen und den Schutz ihrer Rechte einzusetzen.

### **Dream-Team für grüne Wirtschaft**

Als Professorin für Wirtschaftswissenschaften (meiner Tätigkeit bis zur Europawahl) war ich ein willkommenes Mitglied im Wirtschaftsteam der Grünen-Fraktion; außerdem wurde ich in den Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments (ECON) berufen. Sven Giegold, Philippe Lamberts und Eva Joly genießen bereits einen sehr guten Ruf, wenn es um Themen wie die Begrenzung der Exzesse von BankerInnen oder die Förderung echten Wettbewerbs statt Unternehmensfusionen geht. Ernest Urtasun, Ökonom und Diplomat aus Katalonien, ist nun auch Teil dieses Teams; Eva wurde stellvertretendes Mitglied. Damit konnten wir unseren Einflussbereich im Hinblick auf Wirtschaftsthemen deutlich vergrößern: Mit Ernest kommt die Perspektive eines von der Eurozonenkrise betroffenen Mitgliedstaates hinzu, und ich vertrete ein Land, das sich der Einführung des Euro

als Einheitswährung immer widersetzt hat (ich war selbst vor zehn Jahren Teil dieser Kampagne).

Die erste Herausforderung bei der Bearbeitung von Wirtschaftsthemen in der EU besteht darin, den seltsamen und kontraintuitiven Fachjargon zu verstehen, in dem politische Dokumente überwiegend verfasst sind. Ich suche immer noch nach dem Teil unserer Agenda, der sich auf Entscheidungen über die Voraussetzungen für staatliche Ausgaben bezieht; Entscheidungen, auf die die zerstörerische Sparpolitik in der Union zurückgeht, die menschliches Leid und eine zunehmende Abneigung gegen die EU an sich ausgelöst hat. Ich denke, dies steht unter der Überschrift „Europäisches Semester“; vermutlich werde ich mich also zuerst der Frage widmen, inwiefern Schulden dazu eingesetzt werden, dass eine kleine Minderheit davon profitiert, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit steigt und das Leben vieler Menschen ruiniert wird. Die Regeln zur Begrenzung nationaler Staatsverschuldung werden in den nächsten Jahren festgelegt, und wir müssen den zerstörerischen Konsens infrage stellen, wonach finanzielle Einschnitte die Lösung für überschuldete Volkswirtschaften sind.

Generell müssen wir Wege finden, wie wir unsere Agenda hin zu einer nachhaltigen, grünen Zukunft verlagern können, was wie ein Ziel in sehr großer Ferne erscheinen muss, wenn man sich die Prioritäten Jean-Claude Junckers für seine Kommissionspräsidentschaft anschaut. Beschäftigung- und Wachstum sind zu einem einzigen Ausdruck verschmolzen, während der häufig verwendete Begriff „Strukturreform“ grundsätzlich nicht konkretisiert wird; eher benutzt man ihn als Waffe anstatt als ein zu diskutierendes Konzept.

Angesichts der gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen nach einer Rückkehr zum Wachstum ist schon einiges an Mut notwendig, wenn man die soziale Tragfähigkeit des Wachstums infrage stellen will. Und auch ein gewisses Geschick – vor dem Hintergrund eines Kontinents, in dem viele derzeit sogar darum kämpfen, etwas zu essen auf den Tisch zu bringen. Der Reichtum Europas ist groß genug, um jedermanns Bedürfnisse zu erfüllen, aber die Gier der Eliten, die unsere Wirtschaft im Hinblick auf Eigentums- und Kontrollverhältnisse dominieren, werden eine faire Verteilung dieses Reichtums verhindern. Als Folge existieren gleichzeitig Überkonsum und Entbehrung. Die Herausforderung für uns Grüne im ECON-Ausschuss besteht nun darin, diese Diskussion zum Bestandteil der Agenda von Institutionen und BürokratInnen zu machen, die eigentlich ihre ganz eigene, verdeckte Agenda verfolgen, welche von einer mächtigen, aber fehlgeleiteten Wirtschaftsideologie angetrieben wird.

Darüber hinaus müssen wir – ganz in der Tradition grüner Politik – überzeugende, praktische Vorschläge erarbeiten. Ein naheliegender Vorschlag wäre etwa, Anreize für die kommunale Energieversorgung zu schaffen. Dänemark und Deutschland haben es vorgemacht; das Europäische Parlament sollte sich nun um die bevorzugte Behandlung kooperativer Energiekonzepte bemühen, mit denen zusätzliche Kapazitäten neben den dringend benötigten obligatorischen Vorgaben in Sachen erneuerbare Energien geschaffen werden. Außerdem möchte ich mich dafür einsetzen, dass ein Teil des Geldes, das die Europäische Zentralbank im Rahmen eines inzwischen unvermeidlich scheinenden Programms der quantitativen Lockerung schaffen wird, über Anleihen für grüne Infrastruktur ausgegeben wird, damit sichergestellt ist, dass wir uns beim Austritt aus der Krise in Richtung Nachhaltigkeit bewegen.

## City of London oder Off-Shore-Steuerparadies?

Ein brisantes politisches Thema, das mich als britische Ökonomin ganz besonders interessiert, ist die Rolle der City of London im Zuge der Entwicklung und Erweiterung der EU-Bankenunion. Der britische Schatzkanzler George Osborne hat mit bereits tausenden Pfund an Steuergeldern versucht, seinen FreundInnen aus dem Finanzsektor die Umgehung von EU-Verordnungen zu ermöglichen, und höchstwahrscheinlich wird auch Premierminister David Cameron sich für entsprechende Opt-out-Klauseln als Ausgleich für seine Zustimmung zu den Bedingungen einer Neuverhandlung einsetzen. Als Jean-Claude Juncker die Grünen-Fraktion besuchte, um für die Unterstützung seiner Kandidatur als Kommissionspräsident zu werben, hatte ich Gelegenheit, ihn danach zu fragen, aber Junckers Antwort konnte meine Bedenken nicht restlos zerstreuen.

Eine der Maßnahmen, die Osborne gerne verhindern möchte, ist die Finanztransaktionssteuer. Für eine derart große und wohlhabende Volkswirtschaft ist es einfach eine Schande, dass wir eine winzige Steuer, die den Armen der Welt helfen könnte, verhindern. Auch Verschleppung und offene Opposition gegen Sanierungsmaßnahmen im europäischen Finanzsektor haben eine lange Tradition. Die Tatsache, dass Osborne zögert, sich an einer sauberen Zukunft im Finanzwesen zu beteiligen, lässt Großbritannien wie ein riesiges Steuerparadies aussehen, das vor der Küste des europäischen Kontinents liegt anstatt Teil eines gemeinsamen Marktes zu sein.

Die Nachricht, dass der euroskeptische britische Kommissar Lord Hill das Portfolio für Finanzdienstleistungen übernehmen sollte, löste Unglauben und Fassungslosigkeit unter den Abgeordne-

ten des Europäischen Parlaments aus. Hill ist Gründungsdirektor von Quiller, die als LobbyistInnen für Finanzinteressen tätig sind, und wird nun für die Umsetzung von Regeln zur Bankenaufsicht verantwortlich sein. Dies ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man den Bock zum Gärtner macht. Hill repräsentiert ein Land und eine Regierung, die ein großes Hindernis auf dem Weg zu einer europäischen Reform der Finanzmärkte darstellen. Seine Ernennung bedeutet also einen weiteren Schub für die City of London, und die Beschäftigten der Finanzbranche dürften sich mit Blick auf ihre nächste Gehaltsabrechnung ins Fäustchen lachen.

## Schwierige, aber auch spannende Zeiten liegen vor uns

Für eine Pro-EU-Partei wie die Grünen sind dies in der Tat düstere Aussichten. Zwar sind wir als ProeuropäerInnen durchaus kritisch eingestellt und machen viele Verbesserungsvorschläge, aber wir erkennen an, dass die EU für den Schutz unserer Umwelt und für die Unterstützung von Arbeitnehmerrechten viel getan hat; auch gelingt es ihr seit mehr als 60 Jahren, den Frieden unter den Völkern zu bewahren.

Seit unserem Beitritt zur EWG 1973 haben wir uns nie so sehr in der Nähe der Ausgangstür gefühlt wie zurzeit. Monat um Monat stieg die Feindseligkeit gegenüber der Europäischen Union. Die britischen Medien folgen der UKIP-Pressestelle wie ein Schoßhund, der auf sein nächstes Leckerli wartet. Unterstützt von wohlhabenden SpenderInnen hat die UKIP jede Menge Zeit, sich bizarre und tendenziöse Geschichten auszudenken, während es den JournalistInnen an Zeit oder Vorstellungskraft fehlt, um sich den wirklich politischen Themen zu widmen. Offensichtlich haben hier auch die Besitzverhältnisse in den britischen Medien einen bedeutenden Einfluss, was sich wieder daran zeigt, wie

extrem schwierig es für uns war, Nachrichten über TTIP zu verbreiten, während eine Geschichte über die Höchstwattzahl von Staubsaugern sich wie ein Lauffeuer ausbreitete. Die Frage, welches dieser beiden Ereignisse langfristig wohl mehr Einfluss auf das Leben der britischen BürgerInnen haben wird, ist sicher leicht zu beantworten.

Als neu gewählte Europaabgeordnete erfüllen mich die vor uns liegenden Herausforderungen eher mit gespannter Vorfreude, als dass sie mich einschüchtern würden. 25 Jahre lang habe ich Politik in meiner Freizeit betrieben; nun bin ich

schließlich Berufspolitikerin geworden. Die Finanzmittel zur Unterstützung der Abgeordnetentätigkeit sind fantastisch und erfreulich. Ich fühle mich sehr gut unterstützt durch meine WählerInnen in Südwestengland und bin begeistert darüber, was diese mit ihrer Stimme bewirkt haben. Ich hoffe, dass ich sie nicht enttäuschen werde und dass ich genau die politische Vertreterin sein kann, die sie sich wünschten, als sie im vergangenen Mai ihr Kreuz bei der Grünen Partei gemacht haben.



**Molly Scott Cato** ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die Green Party of England & Wales (GPEW); sie wurde im Südwesten Englands gewählt. Bis zu ihrer Wahl war sie Professorin für Grüne Wirtschaft, Strategie und Nachhaltigkeit an der Universität Roehampton. Derzeit ist Molly Sprecherin der GPEW für Finanzfragen.

## 7. Grüne Erfahrungen und Ambitionen des neuesten EU-Mitgliedstaates

Davor Škrlec

### Grüne Erfahrungen aus dem Wahlkampf vor den Europawahlen

Die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament in Kroatien fanden im Mai 2013 statt, unmittelbar bevor Kroatien Mitglied der Europäischen Union wurde. Das öffentliche Interesse an den Wahlen war jedoch gering, da den BürgerInnen kaum bewusst war, welche Rolle und Bedeutung das Europäische Parlament hat; nur 21 Prozent der Wahlberechtigten machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Ein Jahr nach den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament vollzog sich ein drastischer Wandel in der politischen Landschaft Kroatiens. Im Herbst 2013 wurde die Partei ORaH – Nachhaltige Entwicklung für Kroatien – gegründet; unter der Führung von Mirela Holy, Mitglied des kroatischen Parlaments und ehemalige Umweltministerin, präsentierte sich die Partei den BürgerInnen als neue politische Option einer progressiven Haltung und Denkweise, welche sich zu einer nachhaltigen Entwicklung des Landes verpflichtet. Die persönliche Glaubwürdigkeit der Parteichefin war ein großartiges politisches Startkapital, was von den BürgerInnen anerkannt wurde und sich seit der Parteigründung in Untersuchungen zur Beliebtheit von politischen Parteien zeigt. Während des Wahlkampfs haben wir alles versucht, um den BürgerInnen deutlich zu machen, wie wichtig die Teilnahme an den Wahlen ist, welchen Stellenwert das Europäische Parlament im Entscheidungsprozess der Europäischen Union

hat und welche Auswirkungen diese Entscheidungen auf das tägliche Leben der Menschen in Kroatien haben.

### Wie wir kroatischen BürgerInnen die EU näherbrachten

Inhaltlich zielte unsere Wahlkampagne auf die direkte Kommunikation mit den BürgerInnen ab. Wir haben öffentliche Foren organisiert, auf denen die Gemeinschaftspolitik der EU vorgestellt und dabei Bezug auf die Probleme der lokalen und regionalen Verwaltungsbehörden wurde; wir wollten damit erreichen, dass die BürgerInnen besser verstehen, wie sich die Politik auf ihr tägliches Leben auswirkt. Zu diesem Zweck haben wir bewährte Praktiken aus anderen EU-Mitgliedstaaten vorgestellt, wie z. B. die enorm wichtige Schaffung grüner Arbeitsplätze<sup>1</sup>, und so für den Green New Deal als Mittel für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und als Lösung für die schwierige wirtschaftliche Lage in Kroatien geworben. Eine Wanderausstellung mit Bild- und Texttafeln an öffentlichen Orten und Plätzen sollte den BürgerInnen die Konzepte grüne Wirtschaft, grüne Arbeitsplätze, Umweltschutz und Menschenrechte näherbringen. Für Kroatien – und ich nehme an, auch für die EU – war dies eine innovative Maßnahme im Rahmen einer positiv orientierten Wahlkampagne.

Die Wahlkampagne hatte eine positive Ausrichtung, indem sie alternative Lösungen präsentierte, die auf einer nachhaltigen Entwicklung beruhen; auf negative Haltungen bezüglich politischer Gegner wurde verzichtet. Aus diesem Grund stieß die Kampagne bei den BürgerInnen auf positive Resonanz, weshalb wir bereits planen, die Ausstellungen in diesem Winter in allen größeren kroatischen Städten zu wiederholen. Wir glauben, dass die Menschen sich in einem solch

1 Dabei haben wir häufig die Grünen/EFA-Broschüre „Grüne Arbeitsplätze: Erfolge und Chancen für Europa“ verwendet <http://greennewdeal.eu/jobs-and-society/publications/green-jobs.html>

informellen Rahmen am ehesten mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung sowie mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Agenda der Partei vertraut machen.

Die Popularität von ORaH wuchs seit ihrer Gründung exponentiell von Monat zu Monat, und kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament lag die Partei in den Umfragen bei 12 Prozent. Das tatsächliche Wahlergebnis betrug dann 9,42 Prozent – womit ORaH einen Sitz im Europäischen Parlament erkämpfte. Dieser Erfolg ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass ORaH sich bei den Wahlen unabhängig präsentierte, während alle anderen Sitze an zwei große Koalitionslisten gingen.

### **Die ersten Tage im Europäischen Parlament**

Seit Gründung der Partei hatten wir einen guten Austausch mit der Europäischen Grünen Partei; daher erschien es logisch, dass sich im Falle eines gewonnenen Parlamentssitzes der ORaH-Vertreter der Fraktion der Grünen/EFA anschließen würde. Als ich Anfang Juni erstmals nach den Wahlen ins Parlament kam, war ich angenehm überrascht von der Art und Weise, wie die Fraktionsmitglieder der Grünen/EFA mich empfingen. Die Nachricht von ORaHs Wahlerfolg hatte auch Brüssel erreicht, und die aufrichtige Begeisterung der Grünen über die vier neuen Abgeordneten aus den östlichen und südlichen EU-Mitgliedstaaten sowie die freundlichen KollegInnenratschläge haben mir erfolgreich durch die Anfangszeit geholfen, in der ich mit einer Fülle an neuen Informationen zurechtkommen musste.

### **Kreislaufwirtschaft als Motor**

### **für Veränderung**

Meine Arbeit im Europäischen Parlament bedeutet die Fortsetzung der programmatischen Inhalte, die bei ORaH im Zentrum des Interesses stehen. Dabei werde ich mich auf diejenigen Politikbereiche konzentrieren, die nach unserer Auffassung einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaft sowohl in Kroatien als auch in der Europäischen Union haben können.

Es ist allgemeiner Konsens in Kroatien, dass das Konzept der nachhaltigen Entwicklung nur ein anderer Begriff für Ökologie ist, welche ihrerseits als etwas wahrgenommen wird, das der wirtschaftlichen Entwicklung entgegensteht. Ich habe die parlamentarischen Ausschüsse, denen ich angehören werde, gemäß meinem Vorhaben ausgesucht, solche Auffassungen zu widerlegen.

Im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit wird der Schwerpunkt meiner Tätigkeit auf der Kreislaufwirtschaft liegen, einem neuen Wirtschaftsmodell, das sich aus der Politik der effizienten Ressourcenverwaltung ableitet. Neben Basisrohstoffen, aus denen die Industrie der Mitgliedsländer Geräte und Anlagen fertigt, wird auch Hochtechnologie zu einem sehr großen Teil in die EU importiert. Aus diesem Grund ist es wichtig, ein effektives System zur Sammlung und Wiederverwertung zu entwickeln, damit wir die Abhängigkeit von Rohstoffimporten reduzieren können.

Mithilfe wirksamer Abfallwirtschaft sollte es möglich sein, bis zum Jahr 2030 einen hohen Anteil an Recyclingmaterialien zu erreichen. Der Einsatz von Null-Abfall-Technologien könnte die Einlagerung von Abfällen vollständig überflüssig machen. Auch im Bereich der thermischen Abfallbehandlung müssen wir Fortschritte erzielen.

Anstelle der thermischen Behandlung von Abfällen in einer Verbrennungsanlage sollten neue Technologien bevorzugt werden, die keine schädlichen Emissionen produzieren und die die Herstellung von synthetischem Kraftstoff ermöglichen.

### **Erneuerbare Energien und Energieeffizienz**

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind wichtige Bestandteile der Kreislaufwirtschaft. Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Abschwächung der Folgen des Klimawandels erfordern zwingende und dringende Maßnahmen auf globaler Ebene. Sowohl im Hinblick auf politische und gesellschaftliche Initiativen als auch im Bereich technologischer Öko-Innovationen sollte die Europäische Union eine Vorreiterrolle anstreben. Derzeit importiert die EU mehr als 50 Prozent ihres Energiebedarfs, und statistisch gesehen verbraucht jedeR EU-BürgerIn täglich Energieimporte im Wert von 2 EUR. Über den Import von Energie, insbesondere in Form von fossilen Brennstoffen, werden Volkswirtschaften außerhalb der EU finanziert, deren Regierungen oft nicht einmal die grundlegenden Menschenrechte achten und die hohen geopolitischen Risiken ausgesetzt sind.

Darüber hinaus ist die Sicherheit der Energieversorgung wichtig für die Stabilität der Europäischen Union und für die Abhängigkeit von der Energieproduktion aus eigenen erneuerbaren Energiequellen; ebenso tragen Anreize zur Senkung des Energieverbrauchs mithilfe von Energieeffizienzmaßnahmen langfristig dazu bei, die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern. Hier erfüllt das Emissionshandelssystem (ETS) eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Die mit diesem System erwirtschafteten finanziellen Mittel sollten zurück in die Wirtschaft fließen zur Unterstützung von Öko-Inno-

vationen und anderen Sektoren, die zur Verringerung von Treibhausgasemissionen beitragen.

Besonders betonen möchte ich, dass die Kreislaufwirtschaft als Haupttriebkraft des Wandels ebenso wie erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz zur Förderung direkter und indirekter Beschäftigung auf lokaler Ebene beitragen. Nach meiner Auffassung kommt dem Klima- und Energiepaket für 2030 eine enorme Bedeutung für die Wirtschaft der gesamten EU zu; in diesem Kontext werde ich mich für mehr und verbindliche Ziele hinsichtlich erneuerbarer Energieträger und Energieeffizienz einsetzen, und zwar nicht nur bezogen auf die EU-Ebene, sondern auch für jeden Mitgliedstaat.

### **Lebensmittelsicherheit und VerbraucherInnenschutz**

Lebensmittelsicherheit im Sinne des Schutzes einheimischer Arten, des Verbots gentechnisch veränderter Organismen (GVO) und der Produktion gesunder Lebensmittel ist entscheidend für die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft. Kroatien ist ein wichtiger Importeur von Lebensmitteln, während große Teile seiner landwirtschaftlichen Flächen nicht genutzt werden. Gleichzeitig stehen kleine Biobauern und BiobäuerInnen fortwährend unter dem Druck, sich intensiven Formen der Landwirtschaft zuzuwenden.

Deshalb ist auch der VerbraucherInnen-schutz eines meiner zentralen Anliegen: Ich möchte mich dafür einsetzen, dass die BürgerInnen qualitativ hochwertige Informationen über den Ursprung und die Inhalte von Lebensmitteln erhalten. Besonders für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, sich an gesunde Ernährung zu gewöhnen, was nur über die Förderung nachhaltiger Nahrungsmittelproduktion funktionieren kann.

## Ökologisierung des Verkehrs und der Mobilität

In den letzten zwanzig Jahren hat Kroatien ausschließlich in sein Autobahnnetz investiert. Gleichzeitig wurde der Schienenverkehr völlig vernachlässigt. Als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des Europäischen Parlaments werde ich mich für die Elektrifizierung, Entwicklung und Förderung des europäischen Eisenbahnverkehrs einsetzen.

Besonderes Augenmerk möchte ich auf die nachhaltige Mobilität in den Städten sowie auf den Einsatz alternativer Kraftstoffe im Verkehrswesen legen. Beispielsweise könnte die Verwendung und Verbreitung von Elektrofahrzeugen einer der möglichen Impulse sein, die die Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit beeinflussen.

Kroatien ist zwar ein beliebtes TouristInnenziel, aber Konzepte des nachhaltigen Tourismus sind hier völlig unbekannt. Während der Urlaubszeiten im Sommer wie im Winter sind sehr viele ausländische und einheimische TouristInnen im Land unterwegs, und diese benutzen überwiegend das eigene Fahrzeug als Transportmittel. Die Elektrifizierung des Eisenbahnverkehrs böte eine Alternative für den Autotransport über lange Strecken und wäre gleich in zweifacher Hinsicht von Vorteil: Emissionen aus dem Verkehr würden verringert und die Straßenverkehrssicherheit erhöht (weniger Unfälle infolge von Fahrerermüdung). Gleichzeitig sollten wir TouristInnen über geeignete PR-Maßnahmen dazu animieren, per Bahn oder Schiff nach Kroatien zu reisen; am Zielort stünden ihnen dann bezahlbare Mietwagen mit Hybrid- und Elektroantrieb sowie Fahrräder zur Verfügung, wobei gewährleistet sein sollte, dass die Gäste nicht auf Komfort verzichten müssen.

## Nationale und regionale Aktivitäten

Mein Hauptanliegen im Ausschuss für regionale Entwicklung wird eine bessere Nutzung der EU-Mittel für die nachhaltige Entwicklung der Region sein. Ich denke, es ist in unser aller Sinne, wenn ich Beispiele guter Praxis aus den erfolgreichen EU-Mitgliedstaaten auf die weniger erfolgreichen Länder zu übertragen versuche. Dank solcher fortlaufenden Bemühungen werden sich die EU-Regionen bis zum Jahr 2050 wahrscheinlich gleichmäßiger als bisher entwickeln, natürlich immer im Rahmen ihres jeweiligen wirtschaftlichen und soziokulturellen Potenzials.

Damit Grün als politische Option eine stärkere Repräsentanz und mehr Einfluss in den östlichen und südlichen Mitgliedstaaten gewinnt, werde ich mich zusammen mit anderen Kollegen aus der achten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments für die Aufklärung der BürgerInnen über die Konzepte der nachhaltigen Entwicklung, Kreislaufwirtschaft, erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen. Als messbares Ziel dieser Bemühungen sollte für die nächste Legislaturperiode eine erhöhte Anzahl von Abgeordneten in der Grünen/EFA-Fraktion anvisiert werden, insbesondere von Abgeordneten aus den mittel-, ost- und südeuropäischen Mitgliedstaaten. Auch angesichts der Diskussion über die Sicherheit der Energieversorgung, die in geopolitischer Hinsicht immer wichtiger wird, hat dies seine Bedeutung. Im Rahmen der Europäischen Energieunion werde ich mich gegen den Bau neuer thermischer Kraftwerke auf Kohlebasis aussprechen und für die Schließung der bestehenden thermischen Kraftwerke auf Kohlebasis in der Region plädieren. Die Region ist reich an Ressourcen für erneuerbare Energien; um dieses Potenzial besser zu nutzen,

muss die regionale Zusammenarbeit verbessert werden – unter gleichzeitiger Beachtung der Anforderungen in Sachen Energieversorgungssicherheit.



**Davor Škrlec** ist seit dem 1. Juli 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments für die kroatische Partei ORaH. Er ist Professor an der Fakultät für Elektrotechnik und Informatik der Universität Zagreb, wo er sich mit der Planung und dem Betrieb von Energiesystemen mit Schwerpunkt erneuerbare Energien und intelligente Stromnetze beschäftigt. Davor ist Präsident der kroatischen Smart-Grid-Technologieplattform und ein nationaler Experte für intelligente Stromnetze. Von Januar bis Juli 2012 war er kroatischer Beigeordneter Minister für Umwelt und Natur.

## 8. Die Grünen in Südeuropa

Ernest Urtasun und Laia Ortiz

Die letzten Europawahlen in Katalonien und Spanien fanden vor einem völlig anderen politischen Hintergrund statt als die Wahlen 2004 und 2009. Die Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Krisen sowie deren katastrophales Management durch die europäischen Eliten hatten die Wahrnehmung der WählerInnen in Bezug auf die EU völlig verschoben. Von der einstigen unkritischen und breiten Unterstützung für die europäische Integration, welche seit dem EU-Beitritt 1986 in Spanien vorherrschte, war nichts mehr zu spüren.

Oft heißt es, das liege vor allem daran, dass Europa immer als Sündenbock für Dinge herhalten müsse, die eigentlich auf die Politik der nationalen Regierungen zurückgehen. Diese Sichtweise ist zum Teil berechtigt: Die Regierungen Spaniens, Portugals und Griechenlands sind durchaus genauso verantwortlich für das Geschehen wie die EU-Institutionen. Dennoch haben auch die Entscheidungen auf EU-Ebene (sowohl durch den Rat auch als die Kommission) diese Wahrnehmung beeinflusst. Die sogenannte „Troika“ sowie die für Südeuropa beschlossenen politischen Maßnahmen (im Fall Spaniens das mit dem ESM vereinbarte Memorandum zur Sanierung des maroden Bankwesens) sind allenthalben bekannt und standen im Zentrum des Wahlkampfes.

### **Europäischer Ungehorsam: ein proeuropäischer, aber kritischer Grünen-Diskurs**

Man muss sich klarmachen, was EU-Beschlüsse heute für die BürgerInnen in einer Reihe von Ländern bedeuten: Lohnkürzungen, harte Arbeitsmarktreformen, Gesundheits- und Rentenkürzungen usw. Die Politik der sog. Inneren Abwertung

ist ein Schlüsselfaktor für das Verständnis der politischen Zusammenhänge zum Zeitpunkt der letzten Europawahlen.

Angesichts dessen wäre es selbstmörderisch gewesen für Parteien wie die ICV (Iniciativa per Catalunya Verds – die Grüne Partei Kataloniens), als naive Stimme aufzutreten, die Europa verteidigt, egal was in Brüssel geschieht. Vor allem aus zwei Gründen wäre dies selbstmörderisch gewesen: erstens, weil progressive WählerInnen diesen Kurs vermutlich abgelehnt hätten, und zweitens, weil die Haltung „Brüssel um jeden Preis“ Platz für anti-europäische Parteien geschaffen hätte.

Deswegen konnten wir uns als ICV im Wahlkampf erfolgreich als EurokritikerInnen oder auch „ungehorsame EuropäerInnen“ profilieren – in Form einer proeuropäischen Stimme, die aber die aktuelle Lage der Dinge und die politische Linie der europäischen Institutionen ablehnt.

Es ist uns wichtig, dass diese strategische Entscheidung richtig verstanden wird: Wenn wir auf die Zukunft Europas bauen wollen, können wir nicht zulassen, dass Anti-EuropäerInnen die einzige kritische Stimme angesichts der Lage in Europa sind. Europa braucht auch Stimmen, die an die europäische Integration glauben, auch wenn sie die aktuellen Entwicklungen zurückweisen.

Deswegen machen wir uns durchaus Sorgen angesichts der derzeitigen Dynamik im Europäischen Parlament. Es wäre katastrophal, wenn Rechtsextreme und Euroskeptiker die einzige Stimme gegen die derzeitige EU-Politik formen würden. Damit würden wir lediglich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Parteien noch stärker werden in den kommenden Jahren. Wenn es hier eine Rolle gibt, die die Grünen übernehmen können, dann liegt diese zwischen den EuroskeptikerInnen einerseits und

der großen Mainstream-Koalition (aus Mitte-Rechts-EVP, SozialdemokratInnen sowie DemokratInnen und Liberalen) andererseits.

Leider bin ich der einzige Grüne aus Südeuropa, der in das Europäische Parlament gewählt wurde (zusammen mit Florent Marcellesi von EQUO, die nach der Hälfte der Legislaturperiode dazustoßen wird). Natürlich müssen wir die Geschehnisse gründlich analysieren, aber eine Frage können wir schon jetzt beantworten: Werden die Grünen als eine Stimme des Wandels in Südeuropa wahrgenommen? Oder gelten sie als eine Partei, die zu viele Kompromisse eingeht?

Bei unseren Treffen der Europäischen Grünen Partei wird oft gesagt, die Grünen auf europäischer Ebene seien eine paneuropäische politische Kraft. Leider trifft das gegenwärtig nicht zu. Es gibt zu viele Länder, in denen die Grünen heute gar nicht existent sind, und wir müssen uns der Tatsache stellen, dass es sich dabei um genau diejenigen Länder handelt, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

### **Grüne aus dem Norden, Grüne aus dem Süden**

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die wachsende Kluft zwischen der politischen Lage im Süden und der im Norden Europas eine ernste Herausforderung für die Grünen darstellt. In den meisten mittel-, west- und nordeuropäischen Ländern (Frankreich müsste gesondert analysiert werden) hat die Wirtschaftskrise keine konstitutionellen Erschütterungen ausgelöst. Die jeweiligen Parteiensysteme blieben mehr oder weniger stabil; soziale Indikatoren haben sich zwar verschlechtert, aber nicht so wie im Süden; die Regierungen blieben unverändert.

Das absolute Gegenteil trifft auf Spanien, Italien oder Griechenland zu. Hier brechen politische Rahmenbedingungen weg, und das Parteiensystem ist im Umbruch. In Griechenland gibt es keine SozialdemokratInnen mehr, in Italien ist die Fünf-Sterne-Bewegung die führende Oppositionspartei, so wie Podemos dies nach den nächsten Wahlen in Spanien sein wird. Das Rotationsprinzip zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts ist am Ende, und wir betreten unbekanntes politisches Terrain. In zehn Jahren wird das Parteiensystem in diesen Ländern nichts mehr mit den Strukturen zu tun haben, wie wir sie heute kennen.

Von höchster Relevanz in dieser neuen Situation ist für uns die Tatsache, dass es für die progressiven Kräfte vorbei ist mit konsensorientierter und einvernehmlicher Politik. Dies betrifft Parteien wie die ICV, und wir stellen uns allmählich darauf ein. In der Vergangenheit hatte die ICV eine sehr konkrete Funktion in der katalanischen Politik: Diese bestand darin, die radikalsten Teile der katalanischen Gesellschaft für Vereinbarungen und Kompromisse mit der Mitte-Links-Mehrheit zu gewinnen. Aus diesem Grund und in dieser Weise haben wir 23 Jahre im Stadtrat von Barcelona mitregiert. Und mit dieser politischen Kultur haben wir es geschafft, von 2003 bis 2010 Teil der Regierung Kataloniens zu sein und dabei schwierige Aufgaben wie beispielsweise das Innenministerium zu übernehmen (als die ersten Grünen, die jemals für die Polizeiarbeit zuständig waren).

Hier lag auch ein Grund für die inhaltliche Nähe zu anderen grünen Parteien. Der politische Wille zur Umsetzung von Veränderungen, zum Einsatz für die BürgerInnen, zur Kompromissbildung mit anderen Parteien, verbunden mit dem Ziel, einen konkreten Einfluss auf die reale Politik auszuüben, welche sich ihrerseits auf das Leben der Menschen auswirken kann –

dies war eine Sichtweise, die uns mit vielen anderen grünen Parteien verband. Genau wie viele andere grüne Parteien auch, war die ICV eine Regierungspartei.

### **Die Politik der Kompromisse und Koalitionen steht vor dem Aus**

Grüne in Mittel- und Nordeuropa müssen erkennen, dass diese Zeiten im Süden vorbei sind. In der aktuellen politischen Lage (die Zukunft mag anders aussehen) ist kein Platz mehr für Vereinbarungen und Kompromisse; stattdessen verlangt die allgemeine Stimmung, auch an der WählerInnenbasis, nach Angeboten für einen radikalen Wandel. Wenn wir uns dieser Entwicklung nicht anpassen, wird unsere politische Arena durch andere Kräfte besetzt. Auch unter diesen neuen Verhältnissen und neben politischen Kräften wie Syriza, der Fünf-Sterne-Bewegung und Podemos müssen die Grünen weiter bestehen können. Unsere politische Zukunft als Grüne hängt entscheidend von den genannten Parteien ab.

Angesichts der politischen Lage Spaniens und anderer Länder werden sich die Unterschiede zwischen den Grünen vergrößern. Vor diesem Hintergrund erklären sich die verschiedenen Positionen innerhalb der parlamentarischen Grünen-Fraktion bezüglich Jean-Claude Junckers Kandidatur als Kommissionspräsident. Grüne Parteien aus Nord- und Mitteleuropa sind noch in der Lage, Kompromisse einzugehen. Das ist für uns vorbei.

Der Umgang mit diesem fundamentalen politischen Problem wird künftig eine der Schlüsselfragen der europäischen Grünen sein. Konkret stellt sich die Frage, ob man so weitermacht mit der Politik der Kompromisse und Vereinbarungen auf europäischer Ebene (was einen Aufschwung der Grünen im Süden verhindern und Parteien wie die ICV zwingen würde, offen gegensätzliche Positionen einzu-

nehmen) oder ob man diese traditionell grünen Impulse etwas abschwächt und damit unsere Chancen in den aus grüner Sicht derzeit schwachen Ländern steigert. Es bleiben, kurz und knapp formuliert, genau zwei Möglichkeiten: Entweder wir stimmen für Junckers Kommission und vergessen die noch vorhandenen Grünen im Süden. Oder wir probieren etwas anderes aus.

Dies ist ein grundlegendes politisches Dilemma, aus dem es für niemanden einen einfachen Ausweg gibt und das den Mitgliedern der Europäischen Grünen Partei viele Dialoge und vertrauensbildende Maßnahmen abverlangt wird. Die ICV ist bereit, sich an diesem Vorgehen zu beteiligen, und wir sind zuversichtlich, dass wir diese Herausforderung genauso bewältigen werden, wie uns dies im Fall des gemeinsamen Manifests für die Wahlen zum Europäischen Parlament gelang, welches wir zusammen erarbeitet haben.

Traditionell waren die Grünen in manchen Bereichen anerkannt als VerfechterInnen eines radikalen Wandels, beispielsweise in Sachen Demokratie und Transparenz. Unsere nächste Herausforderung wird die Frage sein, wie wir zu einer neuen Stimme für grundlegende Veränderungen im europäischen Integrationsprozess werden können.

### **Ist die Ökologie nicht mehr Bestandteil der südeuropäischen Agenda?**

Nein, zumindest nicht in der Form wie noch vor einigen Jahren. Was natürlich nicht bedeutet, dass die Grünen sich von ihrem politischen Profil verabschieden müssen, aber eine Anpassung des ökologischen Profils, wie es die letzten Jahre prägte, wird erforderlich sein. Rein ökologische Themenfelder wie etwa der Kampf gegen die Atomenergie oder der Klimawandel stehen hier nicht zur Debatte. Jedoch sind im Zusammenhang mit den Folgen

der Inneren Abwertung neue ökologische Bewegungen im Süden entstanden.

Die Politik der Inneren Abwertung brachte neue ökologische Fragen hervor: Energiepolitische Effekte auf Armut, Wasserprivatisierung, Ölbohrungen usw. Der Süden ist derzeit Zeuge einer neuen Welle von sozialen Bewegungen im Angesicht der wirtschaftlichen Folgen der Krisenbekämpfung; hier könnten sich Angriffspunkte für die politischen Kräfte der Grünen ergeben.

Außerdem kann man neue Formen von aggressiver Landnahme beobachten, die unmittelbar mit der Absicht verknüpft sind, die Nutzung fossiler Brennstoffe um jeden Preis zu maximieren, wie etwa im Fall des Fracking-Verfahrens. Auch diese neue Realität erfordert eine starke politische Reaktion, und die Grünen sind dafür gut aufgestellt.

### **Grüne Wirtschaftskompetenz ist gefragt**

Wie schon im vergangenen Europawahlkampf wird eine unserer Prioritäten für die kommenden Jahre darin bestehen, uns als in Wirtschaftsfragen kompetente Partei zu profilieren. Bis zum Jahr 2007 befasste sich niemand innerhalb unserer Partei mit Wirtschaftspolitik. Wir sind froh, dass die Grünen nun damit anfangen, diese Fragen ernst zu nehmen, und unsere Glaubwürdigkeit in diesem Bereich nimmt allmählich zu. Wichtige Schritte auf dem Weg der Grünen hin zu einer wirtschaft-

lich kompetenten Stimme für Europa sind etwa die Arbeit von Reinhard Bütikofer im Bereich Industriepolitik oder auch die Verdienste von Sven Giegold und Philippe Lamberts als Mitglieder im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments.

Auch hier gibt es wieder sehr unterschiedliche Standpunkte innerhalb der Grünen, was fundamentale Wirtschaftsfragen betrifft. Dennoch sind Fortschritte erzielt worden, Fortschritte auf dem Weg vom Votum der deutschen Grünen für den Fiskalpakt im Bundestag (was die Grünen im Süden in ernsthafte Schwierigkeiten brachte) hin zum gemeinsamen Manifest anlässlich der letzten Wahlen in der Europäischen Grünen Partei. Wie auch meine Mitgliedschaft im ECON-Ausschuss des Europäischen Parlaments zeigt, sind wir im Team der parlamentarischen Grünen sehr darum bemüht, uns stärker als Stimme für wirtschaftliche Kompetenz zu etablieren.

### **Fazit**

Wir haben ein gemeinsames Ziel für 2019 gefunden: Wir wollen die drittstärkste politische Familie auf europäischer Ebene werden. Um dies zu erreichen, müssen wir Grüne in denjenigen Bereichen aktiv werden, in denen wir bisher gar nicht existent sind. Der Süden hat dabei Priorität, wie wir alle wissen. Die katalanischen Grünen sind bereit, sich im Rahmen einer mittel- und langfristigen Strategie für die Umsetzung dieser Ziele einzusetzen.



**Ernest Urtasun** ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die Iniciativa per Catalunya Verds (ICV), die Grüne Partei Kataloniens. Zuvor war er Sprecher der Vereinigung Junger Europäischer Grüner (FYEG) sowie Leiter für internationale Beziehungen in der ICV. Ernest ist Wirtschaftswissenschaftler und war in den letzten Jahren im diplomatischen Dienst Spaniens beschäftigt.



**Laia Ortiz** ist Sprecherin der ICV und seit 2012 Mitglied des spanischen Abgeordnetenhauses. Sie hat Politikwissenschaften studiert und war Koordinatorin der katalanische Grünen Jugend (Joves d'Esquerra Verda) und der Gender-Arbeitsgruppe der ICV (Dones amb Iniciativa).

## 9. Grüne Visionen von der lokalen bis zur europäischen Ebene

Monika Vana

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 in Österreich waren sehr ermutigend für die Grünen: Wir erzielten **14,5 Prozent der Stimmen** und damit das beste bundesweite Ergebnis in der Geschichte der Grünen. Zusammen mit Miljöpartiet de Gröna aus Schweden und Déi Gréng aus Luxemburg war dies eines der grünen Spitzenergebnisse in Europa.

Bemerkenswert waren vor allem die Resultate in den **österreichischen Städten**:

- Mit fast 21 Prozent zweitstärkste Partei nach den Sozialdemokraten in der Hauptstadt Wien, meiner Heimatstadt (die Partei lag in 10 von 23 Stadtteilen Wiens auf Platz 1).

- Nummer eins in Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs und Landeshauptstadt der Steiermark (über 25 Prozent) und in Innsbruck, der Hauptstadt von Tirol (fast 26 Prozent).

- Nummer eins in urbanen Gebieten wie dem Rheintal in Vorarlberg (Westösterreich).

Nach einer Analyse des SORA-Instituts waren die Grünen zudem stärkste Partei bei den jungen WählerInnen unter 30 Jahren (26 Prozent).

Als Ergebnis steigerten wir uns von zwei auf drei Abgeordnetensitze, und für mich eröffnete sich die Gelegenheit, meine grünen Aktivitäten auf die Ebene des Europäischen Parlaments zu verlagern.

Im EP bin ich Mitglied der Ausschüsse REGI (Ausschuss für regionale Entwicklung) und BUDG (Haushaltsausschuss) sowie stellvertretendes Mitglied des EMPL (Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten) und des FEMM (Aus-

schuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter). In diesen Ausschüssen geht es um Themen, mit denen ich mich bereits während meiner politischen Arbeit in Wien (als Mitglied des Gemeinderats seit 13 Jahren) und innerhalb der Europäischen Grünen Partei (als Mitglied des EGP-Exekutivkomitees von 2009 bis 2012) beschäftigt habe.

Im Zentrum meiner **Visionen und Wertvorstellungen**, die ich mit nach Brüssel bringe, steht ein Europa der Solidarität, Offenheit, Gleichheit und Vielfalt, das eher von den Menschen und der Zivilgesellschaft als von Unternehmen und LobbyistInnen gestaltet wird.

Diese grünen Visionen und meine positive – wenn auch nicht unkritische – Haltung gegenüber Europa und der EU gehörten zu den Hauptgründen der WählerInnenunterstützung für die Grünen bei den Europawahlen 2014 in Österreich.

### **Regionalpolitik: Die Städte sind die Zukunft!**

Eine der wichtigsten Fragen, die die WählerInnenerwartung in den Städten ansprachen, war die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstleistungen. Sie äußerten sich sehr ablehnend gegenüber einer Privatisierung der Wasserversorgung (was die liberale Partei Österreichs vorschlug), der Gesundheitsdienstleistungen, des öffentlichen Verkehrs usw.

Unter Berücksichtigung dieser Wählererwartungen wird eine meiner politischen Aufgaben als Mitglied des Europäischen Parlaments darin bestehen, **gegen TTIP** (Transatlantisches Freihandelsabkommen) **und TiSA (Trade in Services Agreement)** zu kämpfen, da diese Vereinbarungen negative Folgen für die Qualität von und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sowie Arbeits- und Sozialrechten hätten.

Eine weitere Aufgabe wird die Unterstützung von Vorschlägen zur **Reform der Regionalpolitik und der EU-Fonds** sein – weg von OligarchInnen und regierungsnahen Geschäftsleuten und hin zu Investitionen, die die Armut bekämpfen und die den Bedürfnissen der Zivilgesellschaft sowie der kleinen und mittleren Unternehmen entsprechen.

In Debatten über die Finanzkrise und die internationale Solidarität fordern jene WählerInnen, für die die „nationalistische Isolation“ KEINE Lösung ist, dass Finanzhilfen für krisengeschüttelte Länder und EU-Kohäsionsfonds sich nicht an Kreditinstitute richten, sondern in einer Weise verwendet werden, dass auch die einfache Bevölkerung einen Mehrwert daraus ziehen kann. Natürlich ist die Lage in jedem Mitgliedstaat eine andere, aber nehmen wir einmal Ungarn als Beispiel. Mitglieder von ungarischen NGOs, mit denen ich mich häufig traf, wussten von Korruption, Steuerhinterziehung und anderen Skandalen, über die immer weniger in den (meist von der Regierung kontrollierten) Massenmedien berichtet wird. Die Rolle der EU beurteilen sie dabei als passiv.

Seit 2013 wird die Vergabe von EU-Mitteln (ca. 24 Mrd. EUR für Ungarn bis 2020) direkt vom Abteilungsleiter des Premierministers kontrolliert. Dies bedeutet in der Tat, dass es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich wird, EU-Mittel an Projekte von Lokalverwaltungen, NGOs, Verbänden oder Kleinunternehmen zu vergeben, die keine Verbindungen zur regierenden rechtskonservativen Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán haben. Natürlich ist dies ein Problem, welches nicht nur Ungarn betrifft!

Eine der Lösungen des Problems besteht darin, **sich um mehr Transparenz zu**

**bemühen.** Es ist nicht hinnehmbar, dass Daten über die EmpfängerInnen und über den angemessenen Gebrauch von etwa 80 Prozent aller EU-Fonds ausschließlich von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. In einigen Fällen ist das ungefähr so, als würde man dem Fuchs den Hühnerstall anvertrauen. Ein entsprechender Reformvorschlag besteht nun darin, EU-Kommissionsdienststellen in diesen Prozess einzubeziehen. Transparenz ist vielleicht eine der größten Herausforderungen – angesichts von korrupten Regierungen in einigen Mitgliedsländern und deren Einfluss auf die EU-Politik, nicht zuletzt auch im Europäischen Rat.

Ich bin sehr an Beispielen für **bewährte Verfahren** interessiert, seien es innovative grenzüberschreitende EU-Projekte oder auch Erfolge von grünen Regierungsgliedern auf staatlicher oder kommunaler Ebene. Deshalb war ich auch an den meisten der „Greens in Big Cities“-Treffen beteiligt und werde weiterhin Veranstaltungen wie den jährlichen „Central European Round Table of Green Local Councillors“ (CERT) in Wien organisieren, um grünen LokalpolitikerInnen Raum zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch zu bieten. Der nächste CERT (bereits der zehnte seit 2005) findet im Dezember 2014 statt; im Zentrum wird die Diskussion von Vorschlägen zur Reform der EU-Fonds stehen. Es sind TeilnehmerInnen aus der Tschechischen Republik, aus Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien eingeladen.<sup>2</sup>

Weil ich eine leidenschaftliche Anhängerin dieser Art der Vernetzung und des voneinander Lernens bin, habe ich mich außerdem den fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppen Urban und Öffentliche Dienstleistungen im Europäischen Parlament angeschlossen. Darüber hinaus

<sup>2</sup> Weitere Informationen finden Sie unter <http://greeningthecities.wordpress.com/central-european-round-table/>

möchte ich mich gerne für die Interessen der Städte einsetzen, wenn diese sich gegen Tendenzen zur Deregulierung und Liberalisierung wehren, und auf diese Weise die gemeinsam mit den Wiener SozialdemokratInnen unternommenen Bemühungen der letzten Jahre fortführen.

Sowohl auf global- als auch auf regionalpolitischer Ebene **sollten Wirtschaftsinteressen nicht die Ökologie verdrängen dürfen** – so sollte zum Beispiel in der „EU-Donauraum-Strategie“ der Schwerpunkt eher auf die Entwicklung des Ökosystems Donau als auf den Ausbau der Schifffahrt gelegt werden; eine Position, die auch im rot-grünen Koalitionsvertrag der Stadt Wien im November 2010 hervorgehoben wurde.

### **Gleichstellung der Geschlechter – ein grünes Basisprinzip**

Meine Partei, Die Grünen Österreich, hat sich als Pionier in Bezug auf die Stärkung weiblicher Repräsentanz in der Politik erwiesen. Auf allen KandidatInnenlisten und in allen wählbaren Gremien müssen mindestens 50 Prozent Frauen vertreten sein, was in der Theorie sogar zu Listen mit ausschließlich weiblichen Bewerbern führen kann. Diese Regelung motiviert Frauen dazu, Führungspositionen zu übernehmen: Aktuell (Sommer 2014) sind die Sprecher sowohl der Partei als auch der Fraktion weiblich, ebenso wie fünf von acht Mitgliedern der Regionalregierungen sowie zwei von drei Europaabgeordneten.

Ich war positiv überrascht, als die Europäische Grüne Partei nach langen Diskussionen, an denen ich als Mitglied des EGP-Exekutivkomitees aktiv beteiligt war, schließlich die 40%-„Männerschutzklausel“ zugunsten des „österreichischen Modells“ abschaffte.

Im Wiener Gemeinderat habe ich mit Erfolg einen Antrag auf Annahme des

Gender Mainstreaming als Grundprinzip in der öffentlichen Verwaltung Wiens eingebracht, der zum Ziel hat, das Phänomen der erwerbstätigen Armen durch entsprechende Maßnahmen einzudämmen sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge an Gender-Kriterien zu binden. Dies ist etwas, wofür ich mich auch im Europäischen Parlament einsetzen werde, wobei die EU aus meiner Sicht bisher eine wichtige und sehr positive Rolle in Sachen Geschlechterpolitik gespielt hat.

Aber auch hier führen wir gelegentlich Diskussionen über eine gleichberechtigte Vertretung – ein anschauliches Beispiel dafür war das Tauziehen um die Zusammensetzung der aktuellen EU-Kommission!

### **Stärkung der Sozialunion**

Mein erster Monat als Abgeordnete des Europäischen Parlaments war von intensiver Arbeit geprägt – sowohl im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter als auch im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Ich war Schattenberichterstatterin der Mutterschutzrichtlinie und habe die Entschließung zur Jugendbeschäftigung mitunterzeichnet. Beide Themen haben höchste Bedeutung auf der politischen Agenda der Grünen.

Die Mutterschutzrichtlinie ist ein wichtiger Faktor in der Entwicklung der Sozialpolitik – sei es für das europäische Arbeitsrecht in Bezug auf schwangere Arbeitnehmerinnen, für europaweite Mindeststandards bei der Elternzeit oder für die Einführung des Vaterschaftsurlaubs. Daher finde ich es sehr beunruhigend, dass die Europäische Kommission beschlossen hat, die Richtlinie zurückzuziehen. Wir brauchen endlich ein soziales Europa, einschließlich sozialer Mindeststandards für alle, wie z. B. Mindestlohn, Höchstarbeitszeit und Zugang zu sozialen Dienstleistungen.

## **Jugendbeschäftigung – ein Hauptanliegen der Grünen**

Im Wahlkampf hatten die meisten Parteien die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf ihrer politischen Agenda – leider waren das wohl in erster Linie reine Lippenbekenntnisse, denn in der Praxis mangelt es an spezifischen und konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der katastrophalen strukturellen Probleme im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit. Die Grünen dagegen kämpfen aktiv für das Recht junger Menschen auf bezahlte Arbeit und soziale Sicherheit, welche geschützt und garantiert werden müssen. Daher brachten die Grünen auch die Entschließung über die Jugend ein, mit der die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verpflichtend werden soll.

Persönlich empfehle ich, Investitionen zur Unterstützung des Arbeitsmarkts und des Sozialsystems von Verfahren bei einem übermäßigen Defizit auszuschließen. Für eine funktionierende Jugendgarantie, wie wir sie beispielsweise in Österreich umgesetzt haben, brauchen wir wirksame Überwachungs- und Kontrollstrategien in Bezug auf die länderspezifischen Empfehlungen, damit gewährleistet ist, dass die Mitgliedstaaten die Sache ernst nehmen, und um Länder besser zu unterstützen, die sich um Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds bemühen.

Ein weiteres Problem ist die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse sowie das geschlechterbedingte Lohngefälle bei jungen Menschen. Die Wirklichkeit sieht so aus, dass die Mehrheit der jungen Menschen lediglich Arbeitsplätze mit schlechten Arbeitsbedingungen erhält. Bei jungen Frauen sieht es noch düsterer aus; hier beginnt die Lohndiskriminierung bereits mit dem Eintritt in den Arbeitsmarkt. Diese Form der Diskriminierung wirkt sich nicht nur negativ auf die Zukunft der Frauen, sondern auch auf den wirt-

schaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa aus. Hier zeigt sich eine bedenkliche Entwicklung, gegen die so schnell wie möglich etwas unternommen werden muss. Die einzige realistische Lösung besteht darin, die ungerechten, diskriminierenden Einschnitte zu beenden und gleichzeitig Investitionen in neue Arbeitsplätze und soziale Sicherheit zu subventionieren. Außerdem muss die Kommission Vorschläge zu einer EU-Arbeitslosenversicherung vorlegen. Europa muss sich verändern und seine großen Herausforderungen wie die Jugendbeschäftigung, die Notwendigkeit gleicher und fairer Arbeitsbedingungen sowie den drohenden Klimawandel in Angriff nehmen. Wir von der Grünen/EFA-Fraktion sind davon überzeugt, dass Herausforderungen auch Chancen bieten und dass beim Umgang mit diesen Herausforderungen Synergien entstehen. Aus diesem Grund haben wir den Green New Deal entwickelt.

## **Grüne Arbeitsplätze sind menschwürdige Arbeitsplätze!**

Der Green New Deal ist eine umfassende Antwort auf die aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krisen. Dahinter verbirgt sich mehr als nur eine weitere „umweltfreundliche“ Politik: Es handelt sich um ein Programm zur vollständigen Neubewertung unserer Prioritäten, angefangen bei unserer Art zu leben und zu arbeiten bis hin zur Frage, was uns am wichtigsten ist. Eine Chance, unsere Lebensweise – die Art, wie wir leben, produzieren und konsumieren – mit den physischen Grenzen unseres Planeten in Einklang zu bringen.

Der Green New Deal ist in der Tat ein einzigartiges Konzept. Obwohl der Schwerpunkt der Diskussion vor allem auf technischen und umweltbezogenen Aspekten liegt, möchte ich hervorheben, dass grüne Arbeitsplätze menschenwür-

dige Arbeitsplätze sein müssen – und zwar sowohl in qualitativer als auch in sozialer Hinsicht. Es ist immens wichtig, die Sozial- und Arbeitsmarktkomponente in diesem Zusammenhang zu betonen.

Einer der zahlreichen Aspekte des Green New Deal ist ein massives Investitionsprogramm zugunsten von Projekten für saubere Energie, Mobilität, Forschung und Bildung. Dabei ist der Green New Deal keine weltfremde Utopie; es gibt Beispiele von bereits umgesetzten und funktionierenden Projekten dieser Art. Mein Kollege von den österreichischen Grünen Rudi Anschöber, Umweltlandesrat der Landesregierung Oberösterreich, hat bereits gezeigt, wie es funktionieren könnte. Die Investitionen in erneuerbare Energien und grüne Arbeitsplätze haben nicht nur die Wirtschaft Oberösterreichs angekurbelt

und das Bundesland zu einem wichtigen Akteur im Bereich der Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen gemacht, sondern auch eine Vielzahl von nachhaltigen, qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen geschaffen, was sich natürlich auch positiv auf den nationalen Arbeitsmarkt auswirkt.

### **Meine Perspektiven als neue Abgeordnete**

Mein Ziel als MdEP ist es, auf eine ökologische, soziale und demokratische Europäische Union hinzuarbeiten, in der der Einfluss von LobbyistInnen eingedämmt, die Kluft zwischen Reich und Arm reduziert, Solidarität als Grundwert anerkannt und rechte NationalistInnen ausgegrenzt werden. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass Europa grüner wird.



**Monika Vana** ist Mitglied des Europäischen Parlaments für Die Grünen in Österreich. Von 2010-2014 war sie Mitglied der Wiener Landesregierung; sie war bisher in den Bereichen Geschlechter- und Arbeitspolitik tätig.





Die Europäische Union steht an einem Scheideweg. Begeisterung, Engagement und eine klare Vision werden nötig sein, damit Europa sich in Richtung Nachhaltigkeit und Wohlstand weiterentwickelt. In der vorliegenden Artikelsammlung geht es um die Ambitionen, Erwartungen und Pläne der neu gewählten Grünen Abgeordneten des Europäischen Parlaments; dabei stehen die verschiedenen Aspekte der grünen Transformation im Vordergrund, die die Abgeordneten in den nächsten fünf Jahren voranbringen wollen. In ihren Beiträgen beschreiben sie die größten Herausforderungen der kommenden Jahre in Themenfeldern wie Ökologisierung der Wirtschaft, Umwandlung der Energiepolitik, Aufbau einer demokratischen EU, Schaffung einer menschenrechtsorientierten Migrationspolitik und Positionierung der EU als starker und fairer Global Player in Handel, Landwirtschaft und Außenpolitik, um nur einige zu nennen. Die Grüne Generation 2014 wird alles daran setzen, das Versprechen einer Europäischen Union, in der Grundrechte sowie soziales, wirtschaftliches und ökologisches Wohlergehen überall auf dem Kontinent garantiert sind, wieder aufleben zu lassen. Hier erfahren Sie alles über die Pläne der neuen Abgeordneten. Diskutieren Sie über die vorgestellten Ideen und werden Sie selbst aktiv bei der Umsetzung!



**GREEN EUROPEAN  
FOUNDATION**

3 Rue du Fossé – 1536 Luxembourg

Büro Brüssel:  
T +32 (2) 234 65 70 F +32 (2) 234 65 79  
info@gef.eu www.gef.eu

